



HESSEN



Bericht aus Brüssel

09/2023 vom 05.05.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digital.....	9
Forschung.....	9
Finanzen.....	12
Soziales.....	13
Gesundheit und Verbraucherschutz	16
Umwelt.....	19
Landwirtschaft	22
Justiz	24
Inneres.....	26
Veranstaltungen.....	28
Vorschau	32

Kommission; Follow-Up zur Konferenz zur Zukunft Europas: Abschlussbericht eines Europäischen Bürgerforums zum Thema virtuelle Welten

Die Kommission hat von 21.-23.04.2023 die Abschlusssitzung eines Europäischen Bürgerforums zu virtuellen Welten in Brüssel veranstaltet, bei der die Bürgerinnen und Bürger 23 Empfehlungen zur Zukunft des Internets formuliert haben. Die Empfehlungen basieren auf folgenden acht Werten und Prinzipien: Wahlfreiheit bzgl. Nutzung, Nachhaltigkeit, Menschenzentrierung, Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Gefahrenabwehr, Transparenz sowie Inklusion. Die Empfehlungen umfassen Datenschutz und Transparenz bei der Datennutzung, Erhebungen zur Auswirkung von virtuellen Welten auf die Gesundheit, Gesellschaft und Umwelt, sowie einerseits eine Regelung zur digitalen Identifizierung und ein Recht auf Anonymität andererseits. Die Sitzung war Teil eines neuen Formats von Bürgerforen nach der Konferenz zur Zukunft Europas, die darauf abzielt, die Beteiligung der Bürger am politischen Entscheidungsprozess zu fördern. Hintergrund der vorliegenden Befassung ist, dass die Kommission derzeit eine neue Initiative zu virtuellen Welten vorbereitet, die die Vision Europas im Einklang mit den europäischen digitalen Rechten und Prinzipien beschreiben soll. Die bevorstehende Initiative soll sich darauf konzentrieren, wie gesellschaftliche Herausforderungen bewältigt, Innovationen für Unternehmen gefördert sowie der Weg für einen Übergang zum Web 4.0 geebnet werden könnten. Dazu würden die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zu virtuellen Welten und zur Zukunft des Internets dienen.

https://citizens.ec.europa.eu/virtual-worlds-panel_de

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten hat am 24.04.2023 einen Gedankenaustausch über die Aggression Russlands gegen die Ukraine geführt. Zunächst richtete sich der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba, per Videokonferenz an die Ministerinnen und Minister der EU und unterrichtete sie über die jüngsten Entwicklungen vor Ort und die militärischen Prioritäten und Bedürfnisse der Ukraine, insbesondere in Bezug auf Munition und Flugkörper. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, erläuterte, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten (MS) insgesamt bereits die Bereitstellung von mehr als 13 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung ermöglicht haben. Ferner informierte er sie über die militärische Unterstützung der EU für die Ukraine im Rahmen des dreigleisigen Plans, die Ukraine mit einer Mio. Artilleriegeschossen aus bestehenden oder gemeinsam beschafften Beständen zu versorgen. Bislang habe die EU mit der Annahme einer Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität im Umfang von einer Mrd. EUR, mit der der dringendste Bedarf der Ukraine gedeckt werden soll, den ersten Strang des Plans umgesetzt. Die EU-MS seien ebenfalls dabei, die Arbeiten in Bezug auf den zweiten Strang abzuschließen, um die gemeinsame Beschaffung auf den Weg zu bringen. Schließlich habe die Kommission konkrete Vorschläge für den Ausbau der europäischen Produktionskapazitäten im Bereich Verteidigung im Rahmen des dritten Strangs vorgelegt. Die Ministerinnen und Minister wurden ferner über die Tätigkeiten der militärischen Unterstützungsmission der EU zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) unterrichtet, die ihr ursprüngliches Ziel durch die Ausbildung von mehr als 16.000 ukrainischen Soldatinnen und Soldaten bereits übertroffen habe. Die

EU beabsichtigte, bis Ende 2023 insgesamt 30.000 Soldatinnen und Soldaten auszubilden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/04/24/>

Rat; Einrichtung ziviler Mission der EU in Moldau

Der Rat hat am 24.04.2023 die Partnerschaftsmission der EU in der Republik Moldau (EUPM Moldova) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eingerichtet. Ziel dieser zivilen Mission sei die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Sicherheitssektors der Republik Moldau in den Bereichen Krisenbewältigung und hybride Bedrohungen, einschließlich Cybersicherheit und Bekämpfung der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland. Verstärkte und anhaltende Versuche Russlands, die Republik Moldau durch hybride Handlungen zu destabilisieren, seien zuletzt zu verzeichnen gewesen. Moldau sei eines der am stärksten von den Folgen der Invasion Russlands in die Ukraine betroffenen Staaten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/24/moldova-eu-sets-up-a-civilian-mission-to-strengthen-the-resilience-of-the-security-sector/>

Rat; Moldau, neuer Rahmen für Sanktionen

Der Rat hat 28.04.2023 einen neuen Rahmen für gezielte restriktive Maßnahmen angenommen, der es der EU ermöglichen soll, Sanktionen gegen Personen zu verhängen, die für die Unterstützung oder Umsetzung von Handlungen verantwortlich sind, die die Souveränität und die Unabhängigkeit der Republik Moldau sowie die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität oder die Sicherheit des Staates untergraben oder bedrohen. Dies sei ein wichtiges politisches Signal der Unterstützung der Republik Moldau durch die EU in der derzeitigen schwierigen Lage. Die Sanktionen können das Einfrieren von Vermögenswerten und das Verbot der Bereitstellung von Geldern für Personen und Organisationen sowie ein Einreiseverbot für natürliche Personen in die EU umfassen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben die Anstrengungen zur Destabilisierung der Republik Moldau deutlich zugenommen. Sie stellen eine unmittelbare Bedrohung für die Stabilität und die Sicherheit der Außengrenzen der EU dar.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/28/republic-of-moldova-eu-adopts-framework-for-targeted-sanctions-to-counter-actions-destabilising-the-country/>

Kommission; Sanktionen gegen Korruption weltweit im Rahmen der GASP

Die Kommission stellte am 03.05.2023 Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in der EU und weltweit vor. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört auch ein von der Kommission unterstützter Vorschlag des Hohe Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, zur Einführung einer speziellen Sanktionsregelung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), um weltweit gegen schwere Korruptionsdelikte vorzugehen. Die EU-Sanktionen sollen dazu beitragen, zentrale Ziele der GASP wie die Wahrung des Friedens, die Stärkung der internationalen Sicherheit sowie die Festigung und Unterstützung der Demokratie, des Völkerrechts und der Menschenrechte zu erreichen. Mit dem von der Kommission unterstützten Vorschlag des Hohen Vertreters soll die EU in der Lage sein, weltweit gegen schwere Korruptionsdelikte vorzugehen, unabhängig davon, wo diese begangen werden. Der Vorschlag soll die internen und externen Korruptionsbekämpfungsinstrumente der EU verstärken und ergänzen und zeige ihre Entschlossenheit, alle Instrumente, einschließlich GASP-Sanktionen, zur Bekämpfung der Korruption einzusetzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2516

Kommission; Investitionen der EU in die militärische Mobilität

Die Kommission will die Investitionen in die militärische Mobilität beschleunigen und Infrastrukturprojekte unterstützen, die den Transport von Truppen und Ausrüstung erleichtern. Dazu stellt sie 790 Mio. EUR im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) bereit und startet einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen. Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine habe bestätigt, dass die Kapazität der Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Brücken und Schienenwege weiter verbessert werden müssen, damit sich die Streitkräfte und ihre Ausrüstung problemlos in der EU bewegen können. Dieser Aufruf sei auch eine Antwort auf die Maßnahmen, die im Aktionsplan zur militärischen Mobilität 2.0 vorgeschlagen worden sind. Der Plan zielt darauf ab, die Bewegung von Streitkräften in Europa zu erleichtern, um schnell und besser auf Krisen reagieren zu können, die an den Außengrenzen der EU und darüber hinaus ausbrechen.

https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/transport-eur-790-million-funding-available-adapt-trans-european-transport-network-dual-civilian-and-2023-05-03_de

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 24.04.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Dem Zusammenhalt nicht schaden: ein bereichsübergreifender Grundsatz zur Sicherung des Zusammenhalts als eines übergeordneten Ziels und Werts der EU“ sowie „Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens: der Standpunkt der regionalen und lokalen Ebene“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Ein gerechter und nachhaltiger Wandel in den Automobilregionen“ sowie „Drohnenstrategie 2.0“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192372&meetingSessionId=2241419>

W i r t s c h a f t

EP; Rat; Vorläufige Einigung zum europäisches Chip-Gesetz

Das EP und der Rat erzielten am 18.04.2023 eine vorläufige Einigung über den Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chips Act). Ziel der EU ist es, die Abhängigkeit der EU von in Drittstaaten gefertigten Halbleitern zu verringern und ihren Weltmarktanteil an der Produktion von Halbleitern bis 2030 auf 20% auszubauen. Aktuell liegt der Weltmarktanteil bei 10%. Der European Chips Act soll die Produktionstätigkeiten in der Union verbessern, das europäische Design-Ökosystem anregen und Innovationen in der Wertschöpfungskette fördern. Für die Initiative werden 6,2 Mrd. EUR an öffentlichen Mitteln bereitgestellt, von denen 3,3 Mrd. aus dem EU-Haushalt herrühren. Diese Gelder kommen zu den 2,6 Mrd. EUR dazu, die bereits zuvor als öffentliche Mittel für Halbleitertechnologien bereitgestellt worden sind.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/18/chips-act-council-and-european-parliament-strike-provisional-deal/>

Kommission; Genehmigung der Übernahme von I.G. Bauherin durch Lear

Die Kommission hat mit Beschluss vom 24.04.2023 die Übernahme der I.G. Bauherin GmbH (I.G.B.) aus Gründau in Hessen durch Lear aus den USA nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. I.G.B. ist ein Anbieter von Komponenten für den Sitzkomfort in der Automobilindustrie, darunter Sitzwärmematten und Sitzbelüftungssysteme. Lear ist ein Anbieter von Sitzkomfortkomponenten, einschließlich Sitzwärmematten, und ein Lieferant von „Just-in-Time-Montage“ von Autositzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_2442

EP; Abstimmung im Rechtsausschuss am 25.04.2023 zum sogenannten EU-Lieferkettengesetz

Am 25.04.2023 hat der Rechtsausschuss des EP nach langen Verhandlungen den Berichtsentwurf von MdEP Lara Wolters (S&D/NLD) mit 19 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen sowie 3 Enthaltungen angenommen. Der Kompromisstext sieht vor, dass die Pflichten in der EU ansässige Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von mehr als 40 Mio. EUR sowie Muttergesellschaften mit mehr als 500 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von mehr als 150 Mio. EUR betreffen. Die Regeln würden auch für Nicht-EU-Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 150 Mio. EUR gelten, wenn mindestens 40 Mio. EUR in der EU erwirtschaftet wurden. Statt von „Lieferketten“ spricht der Kompromisstext von „Wertschöpfungsketten“. Der Begriff der Wertschöpfungskette wird neu definiert und bezieht „die vor- und nachgelagerten Tätigkeiten, Vorgänge, einschließlich Vermarktung und Werbung, im Zusammenhang mit der Produktion und Lieferung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen durch ein Unternehmen“ mit ein. Ferner fordert der Ausschuss empfindliche Geldbußen in Höhe von mindestens 5% des weltweiten Nettoumsatzes bei Nichtbeachtung der Richtlinie und ein Verbot für die Teilnahme von Unternehmen aus Drittstaaten bei öffentlichen Ausschreibungen, wenn diese die Regeln nicht einhalten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230424IPR82008/corporate-sustainability-firms-to-tackle-impact-on-human-rights-and-environment>

EuG; Abweisung der Klage von OHB System AG gegen die Vergabe des Auftrags für Übergangssatelliten

Mit Urteil vom 26.04.2023 hat das EuG in der Rechtssache T-54/21 die Klage von OHB System gegen die Vergabe des Auftrags für Übergangssatelliten an Thales Alenia Space Italia und an Airbus Defence & Space (ADS) vollumfänglich abgewiesen. Die OHB System AG, ein deutsches Unternehmen für Raumfahrtssysteme mit Sitz in Bremen, hat vor dem EuG zwei Entscheidungen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) angefochten. Die Entscheidungen betrafen ein öffentliches Ausschreibungsverfahren zur Vergabe eines Auftrags und ergingen im Namen und Auftrag der Kommission. Die ESA entschied dabei, das Angebot von OHB nicht zu berücksichtigen und stattdessen mit der Thales Alenia Space Italia S.p.A. und der ADS Verträge über die "Beschaffung von Galileo-Übergangssatelliten" abzuschließen. Die OHB hatte gegen diese Entscheidungen geklagt. Das EuG stellt mit seinem Urteil fest, dass die Kommission nicht verpflichtet war, eingehende Untersuchungen zu den von OHB System gegen ADS erhobenen Vorwürfen anzustellen. Das EuG kommt zu dem Schluss, dass nicht dargetan worden ist, dass Hinweise vorlagen, die den Verdacht der Kommission hätten erwecken können, dass das Angebot von ADS ungewöhnlich niedrig war. Folglich war die Kommission auch nicht verpflichtet, die Einzelposten des Angebots von ADS zu prüfen, um sich zu vergewissern, ob dem so war. Das EuG weist auch die Rüge zurück, dass die Kommission ihre Pflicht zur eigenständigen Entscheidung über die Auftragsvergabe

verletzt habe, weil sie die Ergebnisse des Evaluierungsberichts lediglich bestätigt habe. Die Verantwortung für das Galileo-Programm könne die Pflichten der Kommission als öffentlicher Auftraggeber weder ändern noch erweitern.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-54/21>

Kommission; Veröffentlichung Arbeitsdokument „Kohäsion 2021-2027“

Die Kommission hat am 02.05.2023 ein Arbeitsdokument mit dem Titel " Cohesion 2021-2027: forging an ever stronger Union, Report on the outcome of 2021-2027 cohesion policy programming" veröffentlicht. Das Dokument gibt die prognostizierten Resultate der Kohäsionspolitik an. Es ist geplant Investitionen in Höhe von insgesamt 545 Mrd. EUR freizusetzen, von denen 378 Mrd. EUR von der EU finanziert werden sollen. Die Mittel aus der Kohäsionspolitik zielen darauf ab ein soziales, inklusives, grünes und digitales Europa zu fördern und soziale Ungleichheiten innerhalb der EU zu beseitigen. Es wird u.a. prognostiziert, dass sich das BIP der EU bis zum Ende des Umsetzungszeitraums um 0,5% erhöhen wird und durch die Investitionen 1,3 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden.

https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/publications/reports/2023/report-on-the-outcome-of-2021-2027-cohesion-policy-programming_en

Kommission; Verordnungsvorschlag zur Unterstützung der Munitionsproduktion

Am 03.05.2023 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zur Unterstützung der Munitionsproduktion („Act in Support of Ammunition Production“, - ASAP) verabschiedet. Damit kommt die Kommission der Aufforderung des Rates nach, einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, der helfen soll die aktuelle Diskrepanz zwischen Produktionskapazität und Nachfrage hinsichtlich Munition und Raketen zu beseitigen. Insbesondere soll die Reaktionsfähigkeit der Verteidigungsindustrie der EU gestärkt werden, um die Sicherheit der gesamten Union und die Unterstützung der Ukraine zu gewährleisten. Unter anderem sieht der Vorschlag vor, dass die EU finanzielle Unterstützung in Höhe von 500 Mio. EUR zur Verfügung stellt, um die industrielle Produktion zu stärken und Engpässe in Lieferketten zu vermeiden. Neben dieser finanziellen Unterstützung für europäische Unternehmen enthält der Verordnungsvorschlag eine Beschleunigung der Verwaltungsprozesse auf nationaler Ebene hinsichtlich Genehmigungen entsprechender Industrie und eine Vereinfachung der gemeinsamen Beschaffung von den relevanten Verteidigungsmitteln durch die Mitgliedsstaaten.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/act-support-ammunition-production-asap_en

V e r k e h r

EP; Rat; Vorläufige Einigung über die Dekarbonisierung des Luftverkehrssektors

Das EP und der Rat erzielten am 25.04.2023 eine vorläufige Einigung über den Verordnungsvorschlag des EP und des Rates zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr („ReFuel Aviation“) Die grundlegenden Aspekte des Kommissionsvorschlags sollen beibehalten bleiben, unter anderem dessen Beitrag zur Verwirklichung der Klimaziele. Die Einigung sieht u.a. die Verpflichtung für Flugkraftstoffanbieter vor sicherzustellen, dass jeder Flugkraftstoff, der Luftfahrzeugbetreibern auf Flughäfen in der EU angeboten wird, ab 2025 einen

Mindestanteil an nachhaltigen Flugkraftstoffen und ab 2030 einen Mindestanteil an synthetischen Kraftstoffen enthält, die beide bis 2050 schrittweise angehoben werden. Zudem ist die Festlegung einer Übergangsfrist vorgesehen, innerhalb derer ein Kraftstoffanbieter die verpflichtende Beimischung von nachhaltigen Flugkraftstoffen in Form eines gewichteten Durchschnittswerts der von ihm in der Union gelieferten Mengen erreichen kann. Die Einigung enthält auch die Verpflichtung für Luftfahrzeugbetreiber, sicherzustellen, dass die jährliche Menge an Flugkraftstoff, die an einem bestimmten Flughafen in der EU vertankt wird, mindestens 90% des Jahresbedarfs an Flugkraftstoff ausmacht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/25/council-and-parliament-agree-to-decarbonise-the-aviation-sector/>

EuGH; Schlussantrag zum Zugang zu Kfz-Reparatur- und Wartungsinformationen

Am 04.05.2023 legte der Generalanwalt Manuel Campos Sánchez-Bordona seinen Schlussantrag in der Rechtssache C-319/22 zum Zugang zu Kfz-Reparatur- und Wartungsinformationen vor. Die „Verordnung über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge“ verpflichtet die Kraftfahrzeughersteller, „unabhängigen Wirtschaftsakteuren“ einen uneingeschränkten, standardisierten und diskriminierungsfreien Zugang zu Informationen über bestimmte Systeme, Geräte und Instrumente der Fahrzeuge sowie über ihre Reparatur und Wartung zu gewähren. Die Anwendung dieser Verordnung hat zu Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Kraftfahrzeughersteller Scania (SWE) und dem deutschen Gesamtverband Autoteile-Handel vor dem Landgericht Köln geführt, insbesondere, ob die sog. Fahrzeug-Identifizierungsnummern (FIN) durch Fahrzeughersteller zur Verfügung gestellt werden muss. Das Landgericht Köln hat den EuGH hierzu um Vorabentscheidung ersucht. Der Generalanwalt vertritt in seinem Schlussantrag die Auffassung, dass die streitgegenständliche Verordnung dahingehend auszulegen sei, dass Kraftfahrzeughersteller eine Verpflichtung haben, unabhängigen Wirtschaftsakteuren die FIN zur Verfügung zu stellen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-319/22>

E n e r g i e

Kommission; erste Aufforderung zur gemeinsamen Gasbeschaffung

Die Kommission gab am 24.04.2023 den Startschuss dafür, dass europäische Unternehmen ihren Gasbedarf über den sogenannten „AggregateEU-Mechanismus“ anmelden können. Das Ziel ist es, den gemeinsamen Gaseinkauf für den kommenden Winter auf EU-Ebene vorzubereiten. Nach Eingang des Bedarfs der einzelnen Unternehmen sollen die benötigten Mengen aggregiert und auf dem Weltmarkt ausgeschrieben werden. Sobald der „AggregateEU-Mechanismus“ für die gebündelte europäische Nachfrage passende Angebote internationaler Gaslieferanten aufzeigt, sollen die teilnehmenden Unternehmen sodann mit den Lieferanten Verhandlungen über die Vertragsbedingungen für den Kauf und die Lieferung des Gases aufnehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_2403

Kommission; Sondierung zu beschleunigter Einführung von Wärmepumpen in der EU

Die Kommission hat am 28.04.2023 eine Sondierungsrunde zur beschleunigten Einführung von Wärmepumpen eröffnet. Die Sondierung dient der Vorbereitung einer

Verabschiedung eines Aktionsplans zur Beschleunigung der Einführung von Wärmepumpen in der gesamten EU durch die Kommission. Der Aktionsplan zur Beschleunigung der Einführung von Wärmepumpen und zur Förderung des damit verbundenen Marktes soll nachfolgende vier Bereiche umfassen. Erstens geht es um eine Partnerschaft zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und der Branche (einschließlich Forschung und Entwicklung). Zweitens geht es um eine Kommunikation mit allen Interessengruppen und Kompetenzpartnerschaft zur breiteren Einführung von Wärmepumpen. Drittens soll der Aktionsplan Rechtsvorschriften (Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung) und viertens auch den Bereich der zugänglichen Finanzierung umfassen. Die Frist für Rückmeldungen endet am 26.05.2023.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13771-Warmepumpen-Aktionsplan-zur-Beschleunigung-der-Einfuehrung-in-der-gesamten-EU_de

Digital

Kommission; Designation „sehr großer Plattformen“ nach dem DSA

Die Kommission hat am 25.04.2023 bekannt gegeben, welche Online-Dienste sie nach dem Digital Services Act (DSA), der Verordnung (EU) 2022/2065, als sog. „sehr große Online-Plattform“ und „sehr große Online-Suchmaschine“ designiert hat. Als sehr große Plattform bzw. Suchmaschine werden nach dem DSA alle Dienste, die mehr als 45 Mio. monatliche Nutzerinnen und Nutzer haben, bezeichnet. Sie haben dann verstärkte Pflichten, u.a. müssen sie systemische Risiken bewerten und mindern (Art. 34ff. der Verordnung). Die Kommission hat nun insgesamt 19 Online-Dienste designiert, darunter Google, Amazon, Twitter, Instagram, TikTok, Zalando und Wikipedia. Sie haben jetzt vier Monate Zeit, dann gelten die Vorgaben des DSA.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/dsa-vlops>

Kommission; Konsultation zum Datenzugang beim DSA

Die Kommission hat am 25.04.2023 alle interessierten Kreise aufgefordert, zu ihrem Vorhaben für eine delegierte Verordnung über den Zugang zu Daten nach dem Digital Services Act (DSA) Stellung zu nehmen. Art. 40 des DSA schafft einen neuen Rechtsrahmen für Forschende. Danach müssen sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen für die Forschung, z.B. hinsichtlich der Identifikation, der Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken dieser großen Online-Anbieter, Zugang zu ihren Daten gewähren. Die Kommission wird nun mit dem delegierten Rechtsakt die Bedingungen festschreiben, unter denen diese Daten zur Verfügung gestellt werden müssen, sowie die zulässigen Verwendungszwecke, Verfahren und technische Bedingungen. Die Konsultation endet am 23.05.2023.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13817-Delegated-Regulation-on-data-access-provided-for-in-the-Digital-Services-Act_en

Forschung

Kommission; Horizont Europa; Förderlinie Marie-Curie; Mobilitätsförderung

Das Netzwerk aus Nationalen MSCA (Marie-Sklodowska-Curie Actions) - Kontaktstellen, die von der Kommission finanziert werden, hat am 05.04.2023 drei Mitteilungen veröffentlicht, die Antragstellenden nähere Hinweise über das Einbringen der Themenfelder Gender, Missions und Open Science in die Bewerbung für MSCA-

Maßnahmen geben. Mit den MSCA können Forschende nach erfolgreichem Antrag eine EU-geförderte Mobilitätsförderung für ihr Forschungsprojekt durchführen. In den genannten MSCA-Mitteilungen wird auf die Anwendung geschlechtergerechter Sprache sowie auf die Reflektion des Einflusses der Gender-Thematik im jeweiligen Forschungsbereich hingewiesen. Zudem wird in den Mitteilungen der verpflichtende Gender Equality Plan thematisiert. Für Antragstellende sei es auch für den Bewerbungsprozess ratsam, Anknüpfungsmöglichkeiten ihrer Thematiken mit den sog. Missionen in Horizont Europa aufzuzeigen. Zudem werden in den Dokumenten Informationen zu den erforderlichen Open Science-Vorgaben für MSCA-Projekte mitgeteilt, um Forschungsergebnisse zu teilen.

<https://msca-net.eu/2023/04/05/the-first-three-policy-briefs-are-ready/>

Kommission; EIT; IHI; Innovationen im Gesundheitswesen

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und die öffentlich-private Partnerschaft IHI (Innovative Health Initiative) haben am 19.04.2023 eine Vereinbarung über eine zukünftige Zusammenarbeit getroffen. Die Förderinstrumente EIT mit der dazugehörigen Partnerschaft EIT Health und IHI werden beide aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa finanziert. Die geschlossene Vereinbarung sei laut einer gemeinsamen Erklärung ein bedeutender Schritt, um durch die Schaffung eines Innovationsökosystems, welches Unternehmertum und Innovation im Gesundheitswesen fördert, einen sinnvollen Beitrag zu den Prioritäten der EU im Gesundheitsbereich zu leisten. Durch die Nutzung ihrer Stärken und Ressourcen wollen die beiden Organisationen eine Plattform schaffen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, Forschende und Fachkräfte im Gesundheitswesen in ganz Europa unterstützt. Die Kooperation soll auch als Beispiel für das Entstehen von Fördersynergien dienen. Ein entsprechender Fokus der Vereinbarung soll es sein, Möglichkeiten zur besseren Nutzung der Programme Accelerator oder Access to Finance des EIT Health auszuloten.

<https://www.ih.europa.eu/news-events/newsroom/eit-health-and-ih-join-forces-drive-breakthroughs-health-research-and>

Kommission; EU-Mission zur Klimaanpassung; Start des Portals

Die Kommission hat am 19.04.2023 ein Online-Portal gestartet, welches regionalen und lokalen Behörden als Informations- und Austauschplattform zur Vorbereitung auf Klimafolgen dienen soll. Dieses wurde im Rahmen der Mission zur Klimawandelanpassung eingerichtet, die vom Programm Horizont Europa finanziert wird. Auf dem Portal werden Daten und Informationen bereitgestellt, die zu Resilienzmaßnahmen im Bereich Anpassung an den Klimawandel unterstützen sollen. Zudem wird auf dem Portal aktuelle Entwicklungen und Projekte sowie Events informiert. Zudem ist ein Dashboard einsehbar, welches regionale Vulnerabilitäten aufzeigt, und die Plattform „Community of Practice“ konsultierbar. Diese fungiert als Ort des Austausches für Unterzeichner der Missions-Charta und für Behörden, die an missionsbezogenen Projekten mitarbeiten. Außerdem soll ein sog. Regional Adaptation Support Tool (RAST), dessen Start in der nahen Zukunft geplant ist, praktische Informationen für die schrittweise zu vollziehende Anpassung der Regionen und Städte an den Klimawandel bereitstellen.

https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/eus-mission-climate-adaptation-launches-its-portal-2023-04-19_en

Kommission; Forschungsrat; ERC; Änderungen für Förderausschreibungen

Am 28.04.2023 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen, die für künftige Ausschreibungen gelten sollen und somit für Antragstellende relevant sein werden. Die Änderungen wurden vom

Wissenschaftlichen Rat (Scientific Council) des ERC vorgelegt. Der ERC ist eine fest etablierte Förderlinie in der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Der ERC basiert auf dem Prinzip der Exzellenz. Die nun vorgesehenen Änderungen betreffen die Bewertung von Förderaufrufe. Bei der Bewertung der Forschung sollen die Jurys vor allem den innovativen Charakter und die Durchführbarkeit des Forschungsprojekts beurteilen. Die Jurys sollen sich vergewissern, dass der Antragstellende, der das Projekt leitet (der/die sog. „PI“), über das erforderliche Maß an Exzellenz verfügt, um das vorgeschlagene Projekt erfolgreich durchzuführen. In der Bewerbung wird der Antragsteller vor allem gebeten, neben den üblichen biografischen Angaben auch die wichtigsten Forschungsergebnisse aufzuführen. Bei den ERC Starting Grants, Consolidator Grants und Advanced Grants werden maximal 44 Anträge pro Panel für die zweite Stufe der Begutachtung zugelassen. In der ersten Stufe wird bei Anträgen mit der Note „A“ unterschieden zwischen „A invited“ (zugelassen für Stufe 2) und „A not invited“ (nicht zugelassen für Stufe 2). A-Anträge, die nicht in die zweite Stufe eingeladen werden, können bei der nächsten Ausschreibung erneut eingereicht werden. Zudem hat sich der wissenschaftliche Rat des ERC auf einen vorläufigen Zeitplan für die kommenden Förderausschreibungen geeinigt.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/evaluation-erc-grant-proposals-what-expect-2024>

Kommission; Forschungsrat; ERC; Wissenschaftsjournalismus;

Der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) hat am 01.05.2023 ein neues Förderprojekt gestartet, das Journalistinnen und Journalisten im Bereich der Wissenschaftskommunikation zugutekommen soll. Der ERC hatte vor kurzem ein Konsortium von Organisationen ausgewählt, die einen Zuschuss in Höhe von 1,5 Mio. EUR verwalten sollen, um ein „Residenzprogramm“ für Wissenschaftsjournalistinnen und –journalisten aufzulegen. Das Projekt namens "FRONTIERS", das eine wettbewerbliche Ausschreibung gewonnen hat, wird voraussichtlich bis 2027 laufen. Bis zu 40 Medienschaffende haben somit alsbald die Möglichkeit, 3-5 Monate mit Forschungsteams zu verbringen, zu lernen und an ausführlichen Berichterstattungsprojekten zu arbeiten. Das Projekt soll Journalisten helfen, sich näher mit dem Forschungskontext zu befassen und mit Forschenden zu interagieren. Hochschulen und Forschungseinrichtungen können an dem Programm teilnehmen. Der ERC ist eine fest etablierte Förderlinie in der ersten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Der ERC basiert mit seinen wettbewerblich ausgerichteten Förderausschreibungen auf dem Prinzip der Exzellenz.

<https://erc.europa.eu/apply-grant/science-journalism-initiative>

Kommission; Forschungsstelle; Zentrum für Algorithmische Transparenz (ECAT)

Die Kommission hat am 02.05.2023 bekannt gegeben, dass sie ein neues spezifisches Zentrum eingerichtet hat, das sich mit Themen und Fragestellungen zur Künstlichen Intelligenz befassen wird. Das Zentrum für Algorithmische Transparenz (ECAT) wurde von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC) in Sevilla eingerichtet. Das ECAT soll das EU-interne technische und wissenschaftliche Fachwissen bereitstellen, um zu garantieren, dass die algorithmischen Systeme sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen im Einklang mit EU-Regeln stehen. Dies betrifft v.a. die Anforderungen an Risikomanagement, Risikominderung und Transparenzanforderungen, die das Gesetz über digitale Dienste vorschreibt. Zur Erfüllung des Rechtsaktes, der 2022 in Kraft getreten ist, sind die Plattformen verpflichtet, systemischen Risiken vorzubeugen, wie etwa der Verbreitung von illegalen Inhalten und Desinformation durch ihre Dienste,

geschlechtsspezifischer Gewalt und der Gefährdung von Minderjährigen im Internet. Forschende der ECAT sollen mit Vertreterinnen und Vertretern der Industrie, von Hochschulen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um das Verständnis der Funktionsweise von Algorithmen zu verbessern: Das ECAT soll somit Transparenzaspekte analysieren, Risiken bewerten und wo nötig neue transparente Ansätze vorschlagen.

https://algorithmic-transparency.ec.europa.eu/index_en

Finanzen

Eurostat; Rückgang des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum auf 91,6% des BIP

Am 21.04.2023 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Zahlen zum öffentlichen Schuldenstand. Am Ende des vierten Quartals 2022 lag der Bruttoschuldenstand des Staatssektors im Verhältnis zum BIP (Verschuldungsquote) im Euroraum bei 91,6%, im Vergleich zu 93,0% am Ende des dritten Quartals 2022. In der EU sank die Quote von 85,1% auf 84,0%. Sowohl im Euroraum als auch in der EU ist der Rückgang des öffentlichen Schuldenstands im Verhältnis zum BIP auf das stärkere Wachstum des BIP im Verhältnis zum Wachstum des öffentlichen Schuldenstands in absoluten Zahlen zurückzuführen. Auch im Vergleich zum vierten Quartal 2021 verringerte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sowohl im Euroraum (von 95,5% auf 91,6%) als auch in der EU (von 88,0% auf 84,0%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/16349859/2-21042023-BP-DE.pdf/4185e191-c9d3-7253-9279-0ec787483353>

Kommission; Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Mit einem am 26.04.2023 veröffentlichten Legislativvorschlag möchte die Kommission die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch einen neuen Rahmen ersetzen, der den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten (MS) stärker Rechnung trägt. Die Vorschläge zielen darauf ab, die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung zu verbessern und zugleich in allen MS ein nachhaltiges und integratives Wachstum durch Reformen und Investitionen zu fördern. Die Reform soll die wirtschaftspolitische Steuerung vereinfachen, die nationale Eigenverantwortung stärken, einen deutlicheren Fokus auf eine mittelfristige Perspektive legen und die Durchsetzung verbessern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2393

EZB; Anhebung der Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 04.05.2023, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 3,75%, den für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 4,0% und jenen für die Einlagefazilität auf 3,25% zu erhöhen. Der EZB-Rat beabsichtigt ferner, die Bestände der im Rahmen des Anleihenkaufprogramms APP erworbenen Wertpapiere zu verringern, da das Eurosystem die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht vollumfänglich wieder anlegt. Was das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) angeht, beabsichtigt der EZB-Rat, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms erworbenen Wertpapiere mindestens bis Ende 2024 weiterhin bei Fälligkeit wieder anzulegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.mp230504~cdfd11a697.de.html>

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin zu Steuervorbescheiden

In den am 04.05.2023 vorgelegten Schlussanträgen der Generalanwältin Kokott in den Rechtssachen C-454/21 P, Engie Global LNG Holding u.a. / Kommission und C-451/21 P, LUX / Kommission ist die Generalanwältin der Ansicht, dass die Kommission zu Unrecht festgestellt habe, dass LUX der Engie-Gruppe unzulässige staatliche Beihilfen in Form von Steuervorteilen gewährt habe. Zum einen bilde allein das nationale Recht den Referenzrahmen und zum anderen könnten nur nach diesem nationalen Recht offensichtlich falsche Steuervorbescheide einen selektiven Vorteil darstellen. In ihren Schlussanträgen schlägt die Generalanwältin dem Gerichtshof daher vor, den Rechtsmitteln stattzugeben und das Urteil des Gerichts aufzuheben und den Beschluss der Kommission für nichtig zu erklären.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-05/cp230073de.pdf>

Soziales

AdR; Finnland als Vorbild in Bezug auf Obdachlosigkeit

Die Fachkommission für Sozialpolitik, Beschäftigung, Bildung, Forschung und Kultur des AdR hielt vom 20.04.2023 bis zum 21.04.2023 ein externes Treffen in Tampere (FIN) ab. Das Treffen bot den Mitgliedern die Möglichkeit zu erfahren, wie die drittgrößte Stadt Finnlands das Problem der Obdachlosigkeit angeht. Die Folgen der Covid-19-Pandemie und des russischen Krieges in der Ukraine hätten Armut und Prekarität in Europa, einschließlich Obdachlosigkeit, verstärkt. In Tampere hoben Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Regionen den Erfolg des finnischen Beispiels hervor und forderten mehr Unterstützung von der EU und den nationalen Regierungen, um wirksame Präventionsmaßnahmen und Lösungsansätze zu entwickeln.

<https://cor.europa.eu/en/news/Pages/finlands-fight-against-homelessness-is-reference-point-for-europe.aspx>

EUAA; Zahl der Asylanträge

Die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) veröffentlichte am 21.04.2023 eine Analyse über die Zahl und den Bearbeitungsstand der Asylanträge im Februar 2023. Mit rund 81.000 Asylanträgen, sei die Gesamtzahl der Asylanträge, trotz erheblicher Zunahme bei einigen Nationalitäten, stabil geblieben. Dies entspreche einem Anstieg der Anträge um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Laut Analyse suchen, zusätzlich zu den etwa vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern, immer mehr Menschen Schutz in Europa. Darunter sind zunehmend Staatsangehörige der Türkei und aus Kolumbien, Venezuela und Russland. Im Februar 2023 habe die Anerkennungsquote der EU+-Staaten bei 41% gelegen, wie in den letzten Monaten und im gleichen Zeitraum des Jahres 2022. Im Februar 2023 hätten die EU+-Staaten Afghaninnen und Afghanen am häufigsten den Flüchtlingsstatus und Syrerinnen und Syrern am häufigsten subsidiären Schutz gewährt. Die Anerkennungsquoten seien für andere Nationalitäten größtenteils konstant geblieben.

<https://euaa.europa.eu/news-events/overall-asylum-caseload-stable-despite-important-increases-some-nationalities>

Kommission; SPACE4GEO: Qualifikationspaket für den Raumfahrtsektor

Am 25.04.2023 startete die Qualifikationspartnerschaft im Raumfahrtsektor. Damit sollen Bildungs- und Ausbildungsangebote unterstützt werden, die der EU helfen die Ziele der EU-Raumfahrtstrategie für Sicherheit und Verteidigung zu erreichen. Die Partnerschaft zielt darauf ab, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die für die Entwicklung künftiger Innovationen erforderlichen Fähigkeiten zu vermitteln. Dabei steht die Zusammenarbeit zwischen der Raumfahrtindustrie, Ausbildungszentren, Hochschulen und anderen Partnern, die Gewinnung von jungen Fachkräften und die Weiterentwicklung neuer und bestehender Initiativen im Fokus.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10562>

Kommission; Zwischenevaluierung: EU-Jugendstrategie 2019–2027

Vom 26.04.2023 bis zum 02.08.2023 führt die Kommission eine Konsultation zur Zwischenevaluierung der EU-Jugendstrategie 2019-2027 durch. Die Strategie konzentriert sich auf die drei Kernbereiche: Beteiligung, Begegnung und Befähigung und soll dazu beitragen die Vision junger Menschen entsprechend den elf europäischen Jugendzielen zu verwirklichen. Dazu zählt auch die Förderung sozialen und gesellschaftlichen Engagements von jungen Menschen. Um dies zu erreichen müsse gewährleistet werden, dass alle jungen Menschen über die notwendigen Grundlagen verfügen, um sich aktiv an der Gesellschaft zu beteiligen. Mit dieser Initiative soll die Strategie in Bezug auf ihre Effizienz, Relevanz, Kohärenz und ihren Mehrwert für die EU evaluiert werden. Die Evaluierung wird in die Halbzeitüberprüfung der Strategie durch den Rat einfließen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13539-EU-Jugendstrategie-2019-2027-Zwischenevaluierung_de

Kommission; Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt 2023

Am 27.04.2023 verkündete die Kommission die „Europäischen Hauptstädte für Integration und Vielfalt 2023“. Mit dem Preis, der in diesem Jahr zum zweiten Mal verliehen wird, werden Städte, Gemeinden und Regionen aus der gesamten EU für eine beispielhafte Integrationspolitik ausgezeichnet. Die diesjährigen Preisträger in der Kategorie „Kommunen mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50.000 Personen“ sind Terrassa (ESP), die Region Brüssel-Hauptstadt (BEL) und Helsinki (FIN). In der Kategorie „Kommunen mit einer Einwohnerzahl von weniger als 50.000 Personen“ gewannen Hall la Zarza (ESP), Labin (KRO) und die Gemeinde Fundão (PTL) den Titel. Danzig (POL), Katalonien (ESP) und die Stadt Reggio Emilia (ITL) aus der italienischen Partnerregion Emilia Romagna erhielten den Sonderpreis für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen. Der Preis „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ wurde im Rahmen des EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020-2025 ins Leben gerufen und ist Teil des Engagements der Kommission für eine Union der Gleichheit.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2469

Kommission; Sicherer Umgang mit gefährlichen Arzneimitteln am Arbeitsplatz

Am 28.04.2023 veröffentlichte die Kommission einen Leitfaden zum sicheren Umgang mit gefährlichen Arzneimitteln am Arbeitsplatz. Im Rahmen der EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027 soll die Exposition von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber gefährlichen Arzneimitteln verringert werden. Dies betrifft alle Phasen des Lebenszyklus der Arzneimittel: Herstellung, Transport und Lagerung, Vorbereitung, Verabreichung an Patientinnen und Patienten und Tiere sowie Abfallentsorgung. Der Leitfaden bietet einen Überblick

über bestehende bewährte Verfahren und praktische Ratschläge zur Verringerung der Exposition.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10564>

Kommission; Praktika für Berufseinstieg

Am 28.04.2023 veröffentlichte die Kommission eine Eurobarometer-Umfrage bezüglich der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung von Praktika. Die meisten jungen Europäerinnen und Europäer (76%), die an der Umfrage teilnahmen, stimmten der Aussage, dass das im Praktikum Gelernte im Berufsalltag nützlich sei, weitgehend zu. Eine Mehrheit (58%) gab zudem an, dass sie ihr Praktikumsanbieter oder eine andere beteiligte Organisation bei der Arbeitssuche unterstützt hat. Die meisten Praktikantinnen und Praktikanten (55%) erhielten eine Vergütung und hatten Zugang zum Sozialschutz (61%). Die Zahl der jungen Menschen, die lange Praktika absolvieren, sei seit der letzten einschlägigen Eurobarometer-Umfrage von 2013 zurückgegangen. Demnach dauern die meisten Praktika weniger als sechs Monate. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass immer mehr Studierende (21%) mindestens ein Praktikum im EU-Ausland absolvieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2484

Kommission; Internationaler Tag der Arbeit

Anlässlich des Internationalen Tages der Arbeit am 01.05.2023 gab Kommissar Nicolas Schmit am 28.04.2023 eine Erklärung ab. Zentrale Herausforderung sei weiterhin der zunehmende Fachkräftemangel in vielen Branchen. Aus diesem Grund werde man in Zukunft noch mehr in die Kompetenzentwicklung investieren. Das Europäische Jahr der Kompetenzen und der Europäische Pakt für Kompetenzen sollen dabei helfen den Arbeitskräftemangel zu beheben und Qualifikationslücken zu schließen. Gleichzeitig müsse die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Fokus stehen. Mit dem grünen Industriepan solle ein fairer und inklusiver Wandel und Aufschwung sichergestellt werden. Kommissar Nicolas Schmit betont zudem die bereits laufenden Anstrengungen der EU, Geflüchtete aus der Ukraine in die Arbeitsmärkte zu integrieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_2485

Kommission; Ausgewählte Medienprojekte für Jugendliche

Am 02.05.2023 gab die Kommission vier Medienprojekte bekannt, die im Zuge der dritten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Jugendmedien für das Jahr 2022 unterstützt werden sollen. Ziel dieser EU-Förderung ist es, jungen Europäerinnen und Europäern Online-Räume mit ausgewählten Inhalten zu bieten, die es ihnen ermöglichen, Perspektiven aus ganz Europa zu vergleichen und zu entdecken, wie ihre Interessen mit denen von Jugendlichen in anderen Staaten sowie mit relevanten EU-Initiativen zusammenhängen. Alle Projekte beginnen im April 2023 und haben eine Laufzeit von 17/18 Monaten.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/eu-supports-four-media-consortia-enrich-pan-european-debate-among-young-europeans>

Kommission; Anpassung der Gebühren

Vom 21.04.2023 bis zum 19.05.2023 führt die Kommission eine Konsultation zur Anpassung der Gebühren für die Überwachung der Sicherheit (Pharmakovigilanz) an die Inflation durch. Nach dem Inverkehrbringen eines Arzneimittels in der EU wird dessen Sicherheit mithilfe des EU-Pharmakovigilanz-Systems während seiner gesamten Lebensdauer überwacht. Gemäß den EU-Vorschriften müssen pharmazeutische Unternehmen für die Durchführung solcher Überwachungstätigkeiten eine Gebühr an die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) entrichten. Mit dieser Aktualisierung sollen diese Gebühren entsprechend der Inflationsrate angehoben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13717-Arzneimittel-Anpassung-der-Gebuehren-fur-die-Überwachung-der-Sicherheit-Pharmakovigilanz-an-die-Inflation_de

EMA; Reflexionspapier zu „einarmigen“ Studien

Vom 21.04.2023 bis zum 30.09.2023 führt die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) eine Konsultation zu einem Reflexionspapier durch. Das Reflexionspapier enthält Überlegungen zu einarmigen Studien, die als entscheidender Nachweis für die Wirksamkeit in einem Zulassungsantrag vorgelegt werden. Dies betrifft einen Teil der Zulassungsanträge in bestimmten Bereichen wie seltene Krankheiten, wo die Zielpopulationen neuer Arzneimittel oft sehr klein sind. Das Reflexionspapier soll die wissenschaftliche Diskussion über Schlüsselkonzepte und Herausforderungen im Zusammenhang mit einarmigen Studien anregen und deren Gestaltung und Durchführung verbessern. Die Veröffentlichung des endgültigen Dokuments ist für das Jahr 2024 geplant.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/single-arm-trials-pivotal-evidence-authorisation-medicines-eu>

HaDEA; Laufende Projekte für Alternativen zu PFAS

Anlässlich des Tages der Erde am 22.04.2023 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) am 21.04.2023 eine Übersicht zu laufenden Projekten zur Erforschung von sicheren und nachhaltigen Alternativen zu Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS). PFAS eignen sie sich gut für eine Reihe von Anwendungen, darunter Beschichtungsmaterialien für Textilien, Lebensmittelverpackungen und Küchengeräte. Obwohl sie weit verbreitet sind, stellen sie eine Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar. Aus diesem Grund möchte die Kommission die Verwendung von PFAS einschränken. HaDEA spielt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Bemühungen der Kommission, indem es EU-finanzierte Projekte verwaltet, die PFAS-freie Beschichtungslösungen mit Hilfe von Safe and Sustainable by Design-Alternativen (SSbD) entwickeln. Diese Projekte basieren auf der Verwendung von erneuerbaren und biobasierten Materialien und nutzen Vorhersagemodelle und computergestützte Werkzeuge.

https://hadea.ec.europa.eu/news/world-earth-day-horizon-europe-projects-working-find-safe-and-sustainable-design-alternatives-and-2023-04-21_en

EMA; Europäische Impfwoche 2023

Anlässlich der Europäischen Impfwoche vom 23.04.2023 bis zum 29.04.2023 veröffentlichte die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) am 24.04.2023 ein Statement der EMA-Direktorin Emer Cooke. Darin erinnert diese an die Wichtigkeit rechtzeitiger Routineimpfungen und an die Notwendigkeit verpasste oder aufgeschobene Impfungen und Auffrischungsdosen nachzuholen. Der Impfschutz vor

Krankheiten wie Masern, Hepatitis und Meningitis sei von maßgeblicher Bedeutung. Die Pandemie habe zu Verzögerungen bei der Versorgung mit Routineimpfstoffen geführt und habe damit erhebliche Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedstaaten. In Anbetracht einer zunehmenden Menge an Desinformationen, bedürfe es zudem Vorsicht bei der Wahl vertrauenswürdiger, wissenschaftlich fundierter Quellen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/european-immunization-week-2023-statement-executive-director-emer-cooke-routine-vaccination-matters>

ECDC; Europäische Impfwoche 2023

Anlässlich der Europäischen Impfwoche vom 23.04.2023 bis zum 29.04.2023 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) eine Pressemitteilung. Die Europäische Impfwoche findet jedes Jahr in der letzten Aprilwoche in ganz Europa statt. Ziel sei es, damit das Bewusstsein für die Bedeutung von Impfungen für die allgemeine Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung zu schärfen. Trotz der bisherigen Erfolge sei die Akzeptanz von Impfungen in vielen Mitgliedstaaten rückläufig. Neben verschiedenen anderen Faktoren, wie z.B. dem ungleichen Zugang zu Impfstoffen, würden Fehlinformationen und Desinformationen eine Schlüsselrolle bei der zunehmenden Impfszurückhaltung in verschiedenen Gruppen spielen. Das ECDC stellt die diesjährige Europäische Impfwoche unter das Motto "Lebenslanges Impfen" und betont dabei besonders die entscheidende Bedeutung von Impfungen für Kleinkinder.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/european-immunization-week-2023>

HaDEA; Projekte zur Erhöhung der Impfquoten

Anlässlich der Europäischen Impfwoche vom 23.04.2023 bis zum 29.04.2023 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) am 24.04.2023 eine Auflistung der Projekte zur Steigerung der Verbreitung von Impfstoffen in Europa. Demnach habe HaDEA Projekte im Rahmen des Programms Horizont 2020, EU4Health und des dritten Gesundheitsprogramms finanziert, die sich mit der Verbesserung der Impfraten beschäftigen. Dazu zählen bspw. die Stärkung der Akzeptanz durch Informations- und Schulungsmaterial, die Überwindung von administrativen und physischen Hindernissen für die Impfung, die Stärkung von Tests und Impfungen für Migrantinnen und Migranten und die Erhöhung der Durchimpfungsrate in benachteiligten, isolierten und schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen.

https://hadea.ec.europa.eu/news/european-immunisation-week-projects-working-increase-vaccine-uptake-europe-2023-04-24_en

ECDC; Impfrückstand gegen Poliomyelitis und Masern

Am 24.04.2023 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) einen Bericht über den aktuellen Stand in Bezug auf Poliomyelitis sowie einen epidemiologischen Bericht über Masern. Der Polio-Bericht zeigt, dass zwischen 2012 und 2021 etwa 2,4 Mio. Kinder in der EU/EWR nicht rechtzeitig drei Dosen Polio-Impfstoff erhalten haben könnten. Obwohl die Europäische Region im Jahr 2002 für poliofrei erklärt wurde, werde das Virus in anderen Regionen weiterhin regelmäßig nachgewiesen. Der jährliche epidemiologische Bericht über Masern zeigt, dass die Zahl der Fälle im Jahr 2022 im Vergleich zu 2018 um 99% zurückgegangen ist. Dies sei wahrscheinlich jedoch auf die Präventions- und Kontrollmaßnahmen zurückzuführen, die während der COVID-19-Pandemie durchgeführt wurden. Die Daten zeigen, dass Säuglinge von unter einem Jahr nach wie vor die Gruppe mit der höchsten Inzidenz von Masern sind, da sie zu jung sind, um geimpft zu werden. Angesichts der suboptimalen Durchimpfungsrate in mehreren Mitgliedstaaten sei es wahrscheinlich, dass die Zahl der gemeldeten

Masernfälle in der EU/EWR in Zukunft steigen werde. Es müsse Priorität haben, bestehende Impflücken und regionale Unterschiede in Bezug auf die Impfquoten zu verringern.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/ecdc-reports-threat-outbreaks-eueea-countries-due-persistent-gaps-vaccination-coverage>

Rat; Grünes Licht für neue Rechtsvorschriften für den Verbraucherschutz

Am 25.04.2023 hat der Rat die Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit angenommen, mit der strengere Sicherheitsvorschriften sowohl für online als auch für offline verkaufte Produkte eingeführt werden. Mit der Verordnung wird die Marktüberwachung für unsichere Produkte verbessert. Gleichzeitig werden die Verbraucherrechte für Käuferinnen und Käufer unsicherer Produkte gestärkt. Es soll für Verbraucher und Verbraucherinnen einfacher werden, Produkte zu reparieren, zurückzubringen oder zu ersetzen. Nach der neuen Vorschrift müssen Onlineplattformen mit Marktaufsichtsbehörden zusammenarbeiten, wenn sie ein gefährliches Produkt auf ihrer Plattform entdecken. Zusätzlich muss jede Onlineplattform eine einzige Anlaufstelle für die Produktsicherheit einrichten. Darüber hinaus können die Marktaufsichtsbehörden verlangen, dass gefährliche Produkte von den Plattformen entfernt werden oder der Zugang zu diesen abgestellt wird. Für unsichere Produkte müssen sofort Korrekturmaßnahmen durch Wirtschaftsakteure ergriffen werden und die Marktüberwachungsbehörden und die Verbraucherseite müssen informiert werden. Verbraucher und Verbraucherinnen haben einen uneingeschränkten Anspruch auf Ersatz, Reparatur oder Erstattung des Kaufpreises. Von diesen drei Alternativen müssen den betroffenen Personen immer zwei Wahlmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/25/council-gives-final-green-light-to-legislation-that-will-make-products-safer-for-consumers/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+gives+final+green+light+to+legislation+that+will+make+products+safer+for+consumers

Kommission; Vereinheitlichung für Erteilung der SPC

Vom 27.04.2023 bis zum 27.06.2023 führt die Kommission eine Konsultation zur Vereinheitlichung des Verfahrens für die Erteilung von ergänzenden Schutzzertifikaten (SPC) durch. SPC sind Rechte des geistigen Eigentums, mit denen der Patentschutz für bestimmte Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel ausgeweitet wird. Obwohl diese Regelung ihren Zweck erfülle, würden Verwaltungs- und Durchsetzungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin zu Ineffizienzen führen. Mit dieser Initiative solle ein einheitliches SPC und/oder ein einziges („einheitliches“) Verfahren für die Erteilung nationaler SPC eingeführt werden. Dies würde die Zugänglichkeit und Effizienz der SPC verbessern und dem Gesundheitssektor zugutekommen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13353-Arzneimittel-und-Pflanzenschutzmittel-einheitliches-Verfahren-fur-die-Erteilung-von-erganzenden-Schutzzertifikaten_de

Kommission; Partnerschaften zwischen Gesundheitsdienstleistern

Am 02.05.2023 veröffentlichte die Kommission einen Aufruf „Call for Twinning“ für Gesundheitsdienstleister. Diese Partnerschaften sind ein gemeinschaftliches Instrument, das den Wissensaustausch zu einem bestimmten Thema ermöglicht und erfahrene Dienstleister zusammenbringt, die bereit sind, ihre Erfahrungen an weniger erfahrene Dienstleistern weiterzugeben. Ziel der Partnerschaften ist der Transfer von Wissen und Erfahrung in Bezug auf die Nutzung eines Produkts oder einer Dienstleistung, eines Prozesses oder einer Methodik, einer Strategie oder eines

Geschäftsmodells für die Beschaffung. Die Teilnahme an dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Partnerschaften steht öffentlichen und privaten Beschaffungsstellen oder Gruppen von Beschaffungsstellen, die im Bereich der Gesundheits- und Sozialfürsorge tätig sind und ihren Sitz in einem Mitgliedsstaat der EU (oder einem mit Horizont 2020 assoziierten Staat) haben, zu gleichen Bedingungen offen. Bewerbungen sind bis zum 31.05.2023 möglich.

https://procure4health.eu/call-for-twinings/?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=procure4health_call_for_twinings_is_open_apply_by_31st_may_2023&utm_term=2023-04-28

Rat; Allgemeine Ausrichtung zur Stärkung der Verbraucherrechte für den grünen Wandel

Der Rat hat am 03.05.2023 seine Verhandlungsposition in Bezug auf die Richtlinie zur Stärkung der Verbraucherrechte im Hinblick auf den umweltfreundlichen Übergang festgelegt. Hierzu werden die Richtlinien über unlautere Geschäftspraktiken und die Verbraucherrechte-Richtlinie geändert. In dem gebilligten Verhandlungsmandat schlägt der Rat unter anderem ein Verbot allgemeiner Umweltaussagen wie „öko“, „grün“ oder „klimaneutral“ vor. Um eine bessere Vergleichbarkeit von Produkten zu ermöglichen und die Verwirrung auf Verbraucherseite zu verringern, sollen künftig nur Nachhaltigkeitssiegel zulässig sein, die auf amtlichen Zertifizierungssystemen beruhen oder als Zertifizierungsmarke eingetragen oder von Behörden festgelegt werden. Der Rat schlägt zudem die Schaffung eines einheitlichen grafischen Formats vor, um Verbraucherinnen und Verbraucher eindeutig über Haltbarkeitsgarantien für bestimmte Waren zu informieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/03/empowering-consumers-for-the-green-transition-council-adopts-its-position/>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zur Anerkennung des österreichischen Umweltmanagementsystems

Die Kommission eröffnete am 24.04.2023 eine Konsultation zum Antrag von AUT das eigene Umweltmanagementsystem als dem EU-System gleichwertig anzuerkennen. Die Konsultation ist noch bis zum 22.05.2023 für Rückmeldungen geöffnet. Die EU hat ein eigenes Umweltmanagement- und Umweltsbetriebsprüfungssystem (EMAS). Es ist ein freiwilliges, von der Kommission entwickeltes Umweltmanagementinstrument. Um die Umsetzung von EMAS zu erleichtern und Überschneidungen mit bereits bestehenden Praktiken und Verfahren zu vermeiden, kann die Kommission andere Systeme oder Teile anderer Systeme als gleichwertig anerkennen. Auf dieser Grundlage hat AUT den Antrag gestellt, das eigene System (ÖKOPROFIT) von der Kommission anerkennen zu lassen. Die Kommission prüft derzeit dessen Gleichwertigkeit.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13627-Umweltmanagement-und-leistung-Anerkennung-von-Teilen-von-Okoprofit-dem-osterreichischen-Umweltmanagementsystem_de

Kommission; grüne Allianz zwischen der EU und Norwegen

Die Kommission hat am 24.04.2023 eine neue grüne Allianz mit Norwegen ins Leben gerufen. Damit sollen die gemeinsamen Bemühungen zum Umwelt- und Klimaschutz verstärkt und die Zusammenarbeit bei der Energiewende und dem industriellen Wandel vertieft werden. Die enge Zusammenarbeit sei nötig, um die Ziele des Pariser

Klimaabkommens und das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. So soll die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und zwischen Unternehmen intensiviert und die bestehende Zusammenarbeit in Forschung, Bildung und Innovation konsolidiert werden. Norwegen und die EU wollen zudem als wichtige Geldgeber zusammenarbeiten, um die Klima- und Umweltschutzmaßnahmen von Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2391

Rat; Annahme mehrerer Gesetze des „Fit for 55“ Pakets

Am 25.04.2023 hat der Rat den Einigungen zugestimmt, die bereits Ende 2022 zwischen dem EP und dem Rat zu mehreren Gesetzgebungsverfahren des Klimaschutzpakets „Fit für 55“ erzielt wurden. Die EU will damit die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 mindern. Das Paket beinhaltet die Überarbeitung des Emissionshandelssystems (EHS), das erstmals auch den Seeverkehr miteinschließt. Für die Wirtschaftszweige, die unter das System fallen, müssen die Emissionen bis 2030 um 62% im Vergleich zu 2005 sinken. Außerdem wird die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für die Industrie von 2026 bis 2034 schrittweise eingestellt und ein eigenes neues EHS II für Kraftstoffe in Straßenverkehr und Gebäuden geschaffen werden. Außerdem wird das EHS für den Luftverkehr überarbeitet. Damit wird die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für den Luftverkehr bis 2026 schrittweise eingestellt, und der Einsatz nachhaltiger Flugkraftstoffe gefördert. Des Weiteren verabschiedete der Rat Vorschriften für ein CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM). Dieses soll dafür sorgen, dass Klimaschutzbemühungen in der EU nicht dadurch untergraben werden, dass die Produktion aus der EU in Staaten mit weniger strengen Klimaschutzvorschriften verlagert wird. Auch die Einrichtung eines Klima-Sozialfonds wurde verabschiedet. Dieser Fonds soll dafür sorgen, dass Klimaschutz gerecht und sozial inklusiv gestaltet wird. Er kommt finanziell schwächeren Haushalten, Kleinstunternehmen und Verkehrsnutzern zugute, die besonders stark unter hohen Energie- und Verkehrspreisen leiden.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/04/25/fit-for-55-council-adopts-key-pieces-of-legislation-delivering-on-2030-climate-targets/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=%27Fit+for+55%27%3a+Council+adopts+key+pieces+of+legislation+delivering+on+2030+climate+targets

Rat; Schlussfolgerungen zu den Chancen der Bioökonomie

Am 25.04.2023 billigte der Rat Schlussfolgerungen zu den Chancen der Bioökonomie. Damit soll ein nachhaltigeres, widerstandsfähigeres und wettbewerbsfähigeres Europa geschaffen werden. Vor allem der ländliche Raum und die küstennahen Gebiete sollen so gestärkt werden. Die Bioökonomie biete ein großes Potenzial die aktuellen Herausforderungen der EU, wie den Klimawandel, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und die Ernährungsunsicherheit, zu bekämpfen. Die Bioökonomie spiele eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der Umwelt- und Klimaziele im Rahmen des Grünen Deals. Allerdings müsse die Forschung und die Innovation in diesem Bereich gefördert werden. Der Rat fordert die Kommission auf, die Bioökonomie besser in alle Politikbereiche zu integrieren, politische Kohärenz zu schaffen, den Wissenstransfer in weniger entwickelte Gebiete zu erleichtern, die EU-Bioökonomie-Strategie und den dazugehörigen Aktionsplan zu aktualisieren und eine eingehende Bewertung der auf EU-Ebene getroffenen Maßnahmen im Bereich der Bioökonomie vorzunehmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/25/promoting-a-more-sustainable-competitive-and-resilient-europe-and-boosting-rural-areas-council-approves-conclusions-on-the-opportunities-of-the-bioeconomy/>

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Liste der zugelassenen Abwrackeinrichtungen

Am 28.04.2023 hat die Kommission eine Konsultation für einen Durchführungsbeschluss zur Aktualisierung der Liste der zugelassenen Abwrackeinrichtungen für Schiffe eröffnet. Schiffe, die unter der Flagge eines EU-Mitgliedstaates fahren, müssen nach Ende der Nutzung in zugelassenen Werften abgewrackt werden. Diese Werften müssen den Gesundheits- und Umweltnormen der EU entsprechen. Mit dem Durchführungsbeschluss wird die Liste der erlaubten Werften erweitert und aktualisiert. Rückmeldungen sind bis zum 26.05.2023 möglich.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13703-Recycling-von-Schiffen-Europaische-Liste-der-Abwrackeinrichtungen-11-Aktualisierung_de

Kommission; Konsultation zur EU-Verordnung für mit Quecksilber versetzte Produkte

Die Kommission hat am 28.04.2023 eine Konsultation über eine delegierte Verordnung zur Erweiterung der Liste von Produkten eröffnet, die mit Quecksilber versetzt sind und deren Ein- und Ausfuhr und Herstellung in der EU verboten sind. Damit wird die EU-Rechtsvorschrift an das Übereinkommen von Minamata angeglichen. Diese Regelung soll zudem dazu beitragen, die Verwendung von Quecksilber in diesen Produkten weltweit schrittweise einzustellen und so die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu schützen. Auch sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen vor allem für Lampenhersteller in der EU gewährleistet werden. Die Konsultation ist noch bis zum 26.05.2023 geöffnet.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13493-Mit-Quecksilber-versetzte-Produkte-EU-Verbot-der-Ausfuhr-Einfuhr-und-Herstellung_de

Kommission; Überprüfung der Ökodesign-Vorschriften für Elektrogeräte

Die Kommission hat am 02.05.2023 die Sondierung für die Überprüfung der Ökodesign-Vorschriften an Kochgeräte wie Backöfen, Kochmulden und Dunstabzugshauben eröffnet. Die Sondierung läuft noch bis zum 30.05.2023. Die Ökodesign-Anforderungen sollen z.B. in Bezug auf die Mindestenergieeffizienz und Reparierbarkeit überprüft werden. Die Überprüfung findet auf Grundlage des Arbeitsprogrammes für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung statt. Ziel der Ökodesign-Vorschriften ist es, die Energieeffizienz von Geräten zu verbessern und so zur Verwirklichung der Klimaneutralität in der EU beizutragen.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13688-Kochgerate-Okodesign-Anforderungen_de

Kommission; Konsultation zu Regelungen für Einweggetränkeflaschen aus Plastik

Am 02.05.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zum Entwurf eines Durchführungsbeschlusses über die Berechnung und die Überprüfung des Gehalts an recyceltem Kunststoff in Einweggetränkeflaschen und der Berichterstattung darüber. Mit diesem Durchführungsbeschluss soll eine einheitliche Regelung geschaffen werden, die Rechtsklarheit schafft. So soll die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Vorschriften über Einwegkunststoffartikel ermöglicht werden. Dadurch soll die Verwendung von Recyclingmaterial steigen und die Entsorgung von Kunststoffabfällen per Verbrennung oder auf Mülldeponien verringert werden. Die Konsultation ist noch bis zum 30.05.2023 geöffnet.
<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13467-Einweggetrankeflaschen-aus-Kunststoff-EU-Vorschriften-fur-die-Berechnung-und->

Kommission; Verbot von Blei in PVC-Produkten

Am 03.05.2023 hat die Kommission ein Verbot der Verwendung von Blei in Erzeugnissen aus PVC erlassen. Außerdem dürfen bleihaltige PVC-Produkte in der EU künftig nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Damit gelten nun gleiche Bedingungen für in der EU hergestellte PVC-Artikel, in denen die Industrie seit 2015 kein Blei mehr verwendet, und importierte Artikel. Produkte aus recyceltem Hart-PVC, das möglicherweise noch Blei aus alten Abfällen enthält, sollen weiter erlaubt sein, allerdings nur, wenn diese mit einer vollständigen Schicht aus bleifreiem Material überzogen sind. Die Beschränkung wurde im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH verabschiedet und soll rund 8,4 Tonnen Bleimissionen pro Jahr einsparen. Blei gilt als sehr gefährlich für die menschliche Gesundheit und die Umwelt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/reach-kommission-verbietet-blei-pvc-produkten-2023-05-03_de

Landwirtschaft

Kommission; Konsultationen zu neuen Vermarktungsnormen

Am 21.04.2023 hat die Kommission Konsultationen für die Aktualisierung von Vermarktungsnormen für Agrarlebensmittel eröffnet. Von den Änderungen sind Obst, Gemüse, Fruchtsäfte, Konfitüren, Honig, Geflügel und Eier betroffen. Die aktualisierten Normen sollen Verbraucherinnen und Verbrauchern fundierte Entscheidungen für eine gesündere Ernährung erleichtern und Lebensmittelverschwendung vermeiden. Es sollen klare und verbindliche Vorschriften für die Ursprungskennzeichnung von Honig, Schalenfrüchten, getrockneten Früchten, gereiften Bananen und behandeltem, geschnittenem und verarbeitetem Obst und Gemüse geschaffen werden. Hierfür soll das Ursprungsland oder die Ursprungsländer klar auf dem Etikett erkennbar sein. Unansehnliches Obst und Gemüse, das zwar äußerliche Mängel aufweist aber ansonsten noch essbar ist, das vor Ort direkt vom Erzeuger verkauft wird, soll von der Einhaltung der Vermarktungsnormen befreit werden. Mit dieser neuen Regelung soll die Lebensmittelverschwendung reduziert werden und Obst und Gemüse erschwinglicher werden. Erzeugnisse, die gespendet werden, sollen eine Ausnahme von den wichtigsten Kennzeichnungsvorschriften erhalten. Auf Fruchtsäften soll die Kennzeichnung „ohne Zuckerzusatz“ ermöglicht werden. Der Begriff „Kokosnusswasser“ soll als Ersatz für den Begriff „Kokosnussaft“ erlaubt werden. Der Mindestfruchtgehalt bei Konfitüren soll von 350g auf 450g pro Kilo Fertigerzeugnis angehoben werden. Zudem soll die Nutzung von Solarpaneelen in Außenbereichen von Freilandhaltungssystemen für Hühner erlaubt werden. Eier sollen direkt im landwirtschaftlichen Betrieb gekennzeichnet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_2366

Kommission; Konsultation zur Meldung von Betrugsfällen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Am 26.04.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation über eine Durchführungsverordnung zur Festlegung eines Formats zur Meldung von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Zahlungen im Rahmen der GAP. Die Konsultation ist noch bis zum 24.05.2023 geöffnet. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, Unregelmäßigkeiten und andere Verstöße gegen die Bedingungen der GAP-Strategiepläne zu melden. Auch ein Betrugsverdacht muss gemeldet werden.

Außerdem müssen sie Maßnahmen zur Wiedereinziehung von zu Unrecht gezahlten Beiträgen im Zusammenhang mit Betrugsfällen festlegen. In dieser Initiative werden die Häufigkeit und das Format der Meldungen von Unregelmäßigkeiten festgelegt.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13719-Betrug-Format-fur-die-Meldung-von-Unregelm%C3%A4%C3%9Figkeiten-im-Zusammenhang-mit-der-gemeinsamen-Agrarpolitik-GAP-_de

Kommission; Anpassung der Lebensmittelhygienevorschriften

Am 27.04.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zur Anpassung der Lebensmittelhygienevorschriften von tierischen Erzeugnissen. Die Vorschriften sollen an die Erfahrungen praktischer Anwendungen und an neue wissenschaftliche Gutachten angepasst werden. Dies betrifft die Identitätskennzeichnung, die Schlachtung kleiner Wiederkäuer im Haltungsbetrieb, die Beförderung von Fleisch, gereiftes Fleisch, die Versteifung von Fischereierzeugnissen, Milch und den unbeabsichtigte Fremdgeruch von Eiern. Die Konsultation ist noch bis zum 25.05.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13725-Lebensmittelhygiene-Erzeugnisse-tierischen-Ursprungs-aktualisierte-Vorschriften-_de

EP; Brief an die Kommission zum Schutz der EU-Agrarmärkte

Am 28.04.2023 forderte der Vorsitzende des Agrarausschusses Norbert Lins (EVP/DEU) in einem Brief an die Kommission im Namen aller Fraktionen, die EU „solidarity lanes“ zum Transport von Agrargütern aus der Ukraine zu verbessern, um die EU-Landwirtschaft vor weiteren Störungen des Markts zu schützen. So sollen Transporte mit ukrainischem Getreide nicht mehr in der EU entladen werden. Die Abgeordneten schlagen vor, Ein- und Ausfuhrbescheinigungen für den Transport von ukrainischem Getreide einzuführen. Pflanzengesundheitszertifikate sollten als Teil der Transportbescheinigungen bestätigen, dass das ukrainische Getreide den EU-Normen entspricht, um so eine Täuschung über die Qualität des ukrainischen Getreides zu verhindern. Norbert Lins bekräftigt zudem seine Forderung nach einer Task Force in der Kommission, die sich ausschließlich mit den ukrainischen Getreideexporten befasst. Außerdem soll die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen Weizen kaufen, um sicherzustellen, dass er tatsächlich nach Afrika und in den Nahen Osten transportiert wird. Die Kommission soll die Situation auf den relevanten Märkten bewerten und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation entwickeln.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230428IPR83705/support-ukraine-and-preserve-eu-agriculture-reads-letter-of-norbert-lins>

Kommission; Präventionsmaßnahmen zur Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus der Ukraine

Am 02.05.2023 hat die Kommission vorübergehende Präventionsmaßnahmen für die Einfuhr von Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenkernen aus der Ukraine nach BUL, HUN, POL, ROM und SLK beschlossen. Mit den Maßnahmen sollen die logistischen Engpässe in den betroffenen Staaten verringert werden. Die Präventivmaßnahmen gelten vom 02.05.2023 bis zum 05.06.2023. Allerdings zeigte sich die Kommission bereit, nach Ablauf dieser Frist neue Präventivmaßnahmen einzuführen, falls dies nötig sein sollte. Während dieses Zeitraums können die ukrainischen Agrarprodukte weiterhin in allen EU-Mitgliedstaaten (MS) mit Ausnahme der fünf betroffenen MS in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt werden. Die Erzeugnisse können auch in Zukunft im Rahmen eines gemeinsamen zollrechtlichen Versandverfahrens in oder durch diese fünf MS befördert oder in einen Staat oder ein Gebiet außerhalb der EU

verbracht werden. Zusätzlich gibt es finanzielle Unterstützung für Landwirte und Landwirtinnen in den betroffenen Staaten und es werden weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Durchfuhr ukrainischer Getreidetransporte über Solidaritätsrouten in andere Länder festgelegt. Im Gegenzug zu den Maßnahmen der Kommission heben die fünf betroffenen MS ihre eigenen Beschränkungen auf.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/agrarprodukte-aus-der-ukraine-massnahmen-zum-schutz-europaischer-landwirte-2023-05-03_de

Kommission; Konsultation zu Maßnahmen in Bezug auf Xylella fastidiosa

Die Kommission eröffnete am 02.05.2023 eine Konsultation für eine Durchführungsverordnung zur Erweiterung der Liste der Pflanzenarten, die anfällig für die Schädlinge der Gruppe der Feuerbakterien (*Xylella fastidiosa*) sind. Die neue Verordnung soll die Regulation EU 2020/1201 ändern und die dort erstellte Liste erweitern und aktualisieren. Rückmeldungen sind bis zum 30.05.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13825-Measures-related-to-specific-plant-pests-Xylella-fastidiosa_de

Justiz

Rat; Digitale Plattform für den Informationsaustausch in Gemeinsamen Ermittlungsgruppen beschlossen

Der Rat hat am 24.04.2023 einen neuen EU-Rechtsakt zur Einrichtung einer digitalen Plattform erlassen, die es Staatsanwälten und Richtern – die in gemeinsamen Ermittlungsgruppen (GEG) zusammenarbeiten – erleichtern soll, Informationen auszutauschen und Straftäterinnen und Straftäter vor Gericht zu bringen. Die Plattform werde den Austausch und die vorübergehende Speicherung operativer Informationen und Beweismittel ermöglichen, eine sichere Kommunikation gewährleisten und die Rückverfolgbarkeit von Beweismitteln erleichtern. Ihre Nutzung wird den Mitgliedstaaten nachdrücklich empfohlen, bleibt jedoch freiwillig. Die Agentur der EU für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) wird mit der Konzeption, der Entwicklung und dem Betrieb der Plattform betraut werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/24/council-adopts-law-to-improve-and-digitalise-cross-border-judicial-cooperation/>

Rat; Anerkennung von Gerichtsentscheidungen aus der Ukraine geplant

Der Rat hat am 24.04.2023 vereinbart, im Rahmen des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (sog. Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen) Vertragsbeziehungen zur Ukraine aufzunehmen. Das 2019 geschlossene Haager Übereinkommen ist ein internationaler Vertrag, der die Vertragsstaaten verpflichtet, in anderen Vertragsstaaten ergangene Entscheidungen in Zivil- oder Handelssachen anzuerkennen und zu vollstrecken. Das Übereinkommen wurde von der Ukraine 2022 ratifiziert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/24/the-eu-and-ukraine-will-recognise-and-enforce-each-other-s-court-decisions/>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2273

Kommission; EU-Patentrecht soll weiter harmonisiert werden

Die Kommission hat am 27.04.2023 ein Gesetzgebungspaket im Bereich des geistigen Eigentums auf den Weg gebracht, in dessen Mittelpunkt harmonisierte Patentvorschriften stehen. Der Kommissionvorschlag zielt darauf ab, dass das Patentsystem unbürokratischer wird, die Zersplitterung im Binnenmarkt zurückgeht und Konflikte beim Zugang zu standardessentiellen Patenten (SEP) entschärft werden. Das Paket steht im Zusammenhang mit dem Einheitspatent, das bereits am 01.06.2023 in Kraft treten wird. Starten wird das Einheitspatent zunächst nur in 17 von 27 Mitgliedstaaten. Das Paket der Kommission umfasst Verordnungsvorschläge in drei Bereichen: standardessentielle Patente, Zwangslizenzen und ergänzende Schutzzertifikate.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/proposals-regulations-supplementary-protection-certificates_en

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/com2023224-proposal-regulation-compulsory-licensing-crisis-management_en

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/com2023232-proposal-regulation-standard-essential-patents_en

Kommission; Empfehlung im Kampf gegen Online-Piraterie

Die Kommission hat am 04.05.2023 eine Empfehlung zur Bekämpfung der gewerbsmäßigen Online-Piraterie von Sport- und anderen Live-Veranstaltungen wie Konzerten und Theateraufführungen angenommen. Darin werden Mitgliedstaaten, nationale Behörden, Rechteinhaberinnen und -inhaber sowie Anbieterinnen und Anbieter von Vermittlungsdiensten angehalten, wirksame, ausgewogene und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die unerlaubte Weiterverbreitung solcher Streamings zu bekämpfen und zwar unter uneingeschränkter Einhaltung der Grundrechte und der Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten. Die Empfehlung werde dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Sport- und Kreativwirtschaft in der EU zu fördern, so die Kommission.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/recommendation-combating-online-piracy-sports-and-other-live-events>

EuGH; Ausschluss von öffentlichen Wahlämtern bei Interessenkonflikt verstößt nicht gegen EU-Recht

Der EuGH hat am 04.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-40/21 (Agenția Națională de Integritate) verkündet. Darin stellt er fest, dass das Unionsrecht nicht daran hindert, einer Person für die Dauer von drei Jahren die Bekleidung öffentlicher Wahlämter zu verbieten, wenn sie in der Ausübung eines solchen Amtes gegen die Vorschriften über Interessenkonflikte verstoßen hat. Die betroffene Person muss jedoch die Möglichkeit haben, eine solche Sanktion gerichtlich überprüfen zu lassen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, so der EuGH. Dem Ausgangsverfahren liegt ein Fall aus ROM zugrunde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273281&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4538927>

EuGH; Schlussanträge zur grenzüberschreitenden Vollstreckung

Der Generalanwalt am EuGH, Nicholas Emiliou (CYP), hat am 04.05.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-819/21 verlesen. In dem Verfahren, dem ein Vorabentscheidungsersuchen aus DEU (Landgericht Aachen) zugrunde liegt, vertritt der Generalanwalt die Auffassung, dass das Ersuchen eines polnischen Gerichts eine in POL verhängte Haftstrafe in DEU zu vollstrecken, unter Verweis auf die Situation aufgrund der umstrittenen Justizreformen in POL nur abgelehnt werden darf, wenn,

erstens, seitens der zuständigen Behörden Anhaltspunkte für systemische oder allgemeine Mängel in Bezug auf die Unabhängigkeit des Justizwesens im Ausstellungsmitgliedstaat bestehen und sie, zweitens, zu dem Schluss gelangen, dass unter den konkreten Umständen des Falles stichhaltige Gründe die Annahme rechtfertigen, dass u. a. in Anbetracht der von der verurteilten Person vorgebrachten sachdienlichen Informationen in Bezug auf die Art und Weise, in der ihr Strafverfahren geführt wurde, das Grundrecht dieser Person auf ein faires Verfahren gemäß Art. 47 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der EU verletzt worden ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273311&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4546366>

I n n e r e s

Rat; Richtlinie über den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden angenommen

Der Rat hat am 24.04.2023 EU-Vorschriften angenommen, die es den nationalen Strafverfolgungsbehörden erleichtern sollen, Informationen auszutauschen und die Kriminalität wirksamer zu bekämpfen. Nach den neuen Vorschriften müssen Mitgliedstaaten (MS), die im Besitz von Informationen über eine schwere Straftat sind, diese den Strafverfolgungsbehörden anderer MS zur Verfügung stellen. Die Richtlinie über den Informationsaustausch sieht u.a. vor, dass in den MS sog. "Single Points of Contact" eingerichtet werden, die als zentrale Anlaufstellen rund um die Uhr erreichbar sein sollen. Die Richtlinie legt auch die Fristen für die Übermittlung von Informationen an die Polizeibehörden eines anderen MS fest. In bestimmten dringenden Fällen sollen die angeforderten Informationen innerhalb von acht Stunden zur Verfügung gestellt werden. Als einheitlicher Kommunikationskanal ist die Europol-Anwendung für den sicheren Informationsaustausch (SIENA) vorgesehen. Die MS haben 18 Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie Zeit, diese in nationales Recht umzusetzen (die Bestimmung über den sicheren Kommunikationskanal muss vier Jahre nach Inkrafttreten umgesetzt werden).

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/24/council-green-lights-eu-law-which-improves-information-exchange-between-law-enforcement-authorities/>

Rat; Weitere IS-Mitglieder in EU-Terrorliste aufgenommen

Der Rat hat am 24.04.2023 beschlossen, zwei Personen und eine Gruppe, die mit dem sog. Islamischen Staat (ISIL) in Verbindung stehen und hauptsächlich in der Region Cabo Delgado in Mosambik agieren, in die Liste derjenigen Personen aufzunehmen, die restriktiven Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida sowie mit ihnen verbündete Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unterliegen. Die Maßnahmen richten sich gegen ISIS-Mozambique sowie gegen Abu Yasir Hassan und Bonomade Machude Omar, die wichtige Führungspositionen in der Gruppe innehaben. Die Gruppe und die Personen, gegen die Sanktionen verhängt wurden, sind für Terroranschläge und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Mit diesen neuen Aufnahmen in die Liste unterliegen nun insgesamt 15 Personen einem Reiseverbot und dem Einfrieren der Vermögenswerte, und fünf Gruppen sind einem Einfrieren der Vermögenswerte unterworfen. Darüber hinaus ist es Personen und Einrichtungen in der EU verboten, den gelisteten Personen und Gruppen finanzielle Mittel und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/24/eu-fight-against-terrorism-one-group-and-two-individuals-added-to-the-eu-sanctions-list/>

EuGH; Generalanwalt: Keine verschuldensunabhängige Haftung bei DSGVO-Verstößen

Der Generalanwalt am EuGH, Manuel Campos Sánchez-Bordon (ESP), hat am 27.04.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-807/21 (Deutsche Wohnen gegen Staatsanwaltschaft Berlin) verlesen. Darin vertritt er die Auffassung, dass eine verschuldensunabhängige Haftung von Unternehmen für DSGVO-Verstöße nicht besteht. Die Datenschutzbehörden könnten zwar DSGVO-Bußgelder direkt gegen Unternehmen verhängen. Allerdings setze dies den Nachweis eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Handelns eines Mitarbeiters voraus. "Strict liability" - also eine verschuldensunabhängige Haftung - bestehe nach EU-Recht in solchen Fällen nicht.
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62021CC0807>

EuGH; Generalanwalt: Schadensersatz bei Hacker-Angriff nur bei realem Schaden

Der Generalanwalt am EuGH, Giovanni Pitruzzella (ITL), hat am 27.04.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-340/21 verlesen. Darin vertritt er die Auffassung, dass bei einem unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten gegen den Daten-Verantwortlichen nach der DSGVO ein Anspruch auf Ersatz des immateriellen Schadens wegen der Befürchtung eines künftigen Datenmissbrauchs in Betracht kommt – vorausgesetzt, es handele sich um einen realen emotionalen Schaden und nicht nur um ein Ärgernis.
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62021CC0340>

EuGH; Generalanwalt: Ausstellung eines Personalausweises kann nicht aufgrund von Wohnsitz in anderem MS verweigert werden

Der Generalanwalt am EuGH, Maciej Szpunar (POL), hat am 27.04.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-491/21 verkündet. Darin vertritt er die Auffassung, dass das EU-Recht einer Regelung eines Mitgliedstaats (MS) entgegensteht, nach der einem Unionsbürger, der Staatsangehöriger dieses MS ist und sein Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU ausgeübt hat, die Ausstellung eines innerhalb der Union als Reisedokument geltenden Personalausweises allein deshalb verweigert wird, weil er seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines anderen MS genommen hat.
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62021CC0491>

Kommission; Moldau will ins EU-Katastrophenschutzverfahren

Die Kommission hat am 28.04.2023 bekanntgegeben, dass die Republik Moldau plant, dem EU-Katastrophenschutzverfahren beizutreten. Anlässlich eines Besuchs in Chişinău überreichte der EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, der Republik Moldau einen Wegweiser für den Beitrittsprozess. Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der auch starke Auswirkungen auf die benachbarte Republik Moldau hat, wird das Land schon jetzt durch das EU-Katastrophenschutzverfahren unterstützt.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2453

EuGH; Kein pauschaler Strafschadenersatz bei DSGVO-Verstößen

Der EuGH hat am 04.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-300/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass bei DSGVO-Verstößen kein pauschaler „Strafschadenersatz“ besteht). Zwar bleibe es dabei, dass Betroffene grundsätzlich ein Recht auf Schadenersatz haben, wenn ihre personenbezogenen Daten DSGVO-widrig verarbeitet wurden. Dennoch urteilte der EuGH, dass keine Geringfügigkeitsgrenze und keine Beschränkung der Haftung auf erhebliche Schäden

bestehe. Immaterielle Schäden, also Schäden, die sich nicht in Geldwerten darstellen lassen, können unabhängig von ihrer Schwere zu ersetzen sein. Diesen Anspruch hätten Betroffene aber nur, wenn ihnen ein konkreter Schaden entstanden ist und dieser auch beweisbar sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273284&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4535535>

EuGH; Kopiebegriff im Sinne des Auskunftsrechts

Der EuGH hat am 04.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-487/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass ein recht weites Verständnis vom Begriff der „Kopie“ anzulegen sei, also „dass diese Bestimmung der betroffenen Person das Recht verleiht, eine originalgetreue Reproduktion ihrer personenbezogenen Daten im Sinne einer weiten Bedeutung zu erhalten, die Gegenstand von Vorgängen sind, die als Verarbeitung durch den für diese Verarbeitung Verantwortlichen eingestuft werden müssen“. Auch müsse die Kopie alle personenbezogenen Daten enthalten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, sich also nicht nur auf ein Dokument als solches beziehe. Die Daten sind daher vollständig und originalgetreu wiederzugeben. In bestimmten Situationen, z. B. bei Freitextfeldern bedarf es einer Erklärung des Kontextes der Datenverarbeitung, „damit die betroffene Person eine transparente Auskunft und eine verständliche Darstellung dieser Daten erhalten kann.“

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273286&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4537703>

EuGH; Verstoß gegen Art. 26 und 30 DSGVO führt nicht zur Unrechtmäßigkeit der Datenverarbeitung nach Art. 17 DSGVO

Der EuGH hat am 04.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-60/22 verkündet. Darin kommt er zu der Feststellung, dass der Verantwortliche die Rechtmäßigkeit der von ihm durchgeführten Datenverarbeitung sicherzustellen habe, die sich jedoch aus Art. 6 der Datenschutzgrundverordnung DSGVO ergäbe. Die Einhaltung der in Art. 26 DSGVO vorgesehenen Pflicht zum Abschluss einer Vereinbarung zur Festlegung der gemeinsamen Verantwortung und der in Art. 30 dieser Verordnung verankerten Pflicht, ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten zu führen, zählten nicht zu den in Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 genannten Gründen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung. Der EuGH stellt daher fest, „dass ein Verstoß gegen die Art. 26 und 30 der DSGVO durch den Verantwortlichen keine unrechtmäßige Verarbeitung im Sinne von Art. 17 Abs. 1 Buchst. d oder Art. 18 Abs. 1 Buchst. b dieser Verordnung in Verbindung mit ihren Art. 5 Abs. 1 Buchst. a und Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 darstellt, die der betroffenen Person ein Recht auf Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung gewährt.“

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273289&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4541015>

Veranstaltungen

Veranstaltung „Politik trifft Polizeipraxis: Wie stärken wir die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch?“

Am 25.04.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen eine Kooperationsveranstaltung des Hessischen Innenministeriums und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter dem Titel „Politik trifft Polizeipraxis: Wie stärken wir die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch?“ statt. Hessens Innenminister Peter Beuth untermauerte in seinen einleitenden Bemerkungen die Notwendigkeit einer raschen Änderung der rechtlichen Voraussetzungen zur

Speicherung relevanter Verbindungsdaten (Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen), um die abscheulichste Kriminalitätsform, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, effektiv bekämpfen zu können. Mit dem Urteil des EuGH vom 20.09.2022 sei endlich Rechtsklarheit bei der Speicherung von Telekommunikationsdaten geschaffen worden. Der Bundesvorsitzende der GdP, Jochen Kopelke, schloss sich in seiner Keynote der Forderung Beuths, nach einer praxistauglichen Vorratsdatenspeicherung, an. Kopelke erneuerte die Forderung seiner Gewerkschaft nach einer besseren personellen und technischen Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden. Daneben müsse es aber gerade für Ermittlerinnen und Ermittler im Deliktsfeld des sexuellen Missbrauchs von Kindern auch gesundheitliche und psychologische Unterstützung geben. Im Rahmen der Podiumsdiskussion setzten sich MdEP Lena Düpont (EVP/DEU), Cathrin Bauer-Bulst von der Kommission, GD HOME, Kriminaloberrat Lars Oeffner (LKA Schleswig-Holstein) und die Vizepräsidentin des Dachverbandes der europäischen Opferschutzinitiativen „Victim Support Europe“, Petra Klein, mit der Thematik auseinander. Kontrovers wurde etwa die Frage der sog. „Chatkontrolle“ – gemeint ist der Zugriff auf Konversationen in digitalen Messengerdiensten, die im Regelfall Ende-zu-Ende-verschlüsselt sind – diskutiert. In der abschließenden Fragerunde meldeten sich v.a. Stimmen aus der Polizeipraxis zu Wort. Sie stützen die Forderung nach Technologieoffenheit. Schon jetzt gäbe es beeindruckende Ermittlungserfolge mit Hilfe von KI. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Thomas Gutschker von der FAZ.

Digital Leaders Roundtable am 26.04.2023: „Hessen as Silicon Valley of AI in Europe“

Auf Einladung von Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus und Europaministerin Lucia Puttrich fand am 26.04.2023 der „Digital Leaders Roundtable“ zu dem Thema „Hessen as Silicon Valley of AI in Europe“ in der Landesvertretung statt. Es handelte sich um die sechste Veranstaltung der Reihe, die EU-Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Akteurinnen und Akteure aus Hessen zusammenbringt, um aktuelle europäische Digitalthemen zu diskutieren. Europastaatssekretär Uwe Becker wies in seinem Grußwort darauf hin, wie wichtig es sei, Initiativen und Projekte aus den europäischen Regionen in Brüssel bekannt zu machen – so, wie es der „Digital Leaders Roundtable“ nun bei dem Thema Künstliche Intelligenz (KI) mache und die Initiativen der hessischen KI-Zukunftsagenda vorstelle. Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus sprach sich in ihrer Begrüßung dafür aus, KI verantwortungsvoll einzusetzen. Dies sei von großer Wichtigkeit für den Wirtschaftsstandort Europa. Hessen verfüge über die Bausteine, um ein „Silicon Valley“ für KI in Europa zu werden. Sie warb dafür, dass die EU ihren europäischen Weg selbstbewusst vertritt. Dr. Corina Apachite, Program Head AI & Data, Continental AG, forderte eine Demokratisierung von KI. Es müsse verhindert werden, dass jetzt Monopole entstünden, z.B. bei großen Sprachmodellen wie ChatGPT. Regulierung könne Innovationen fördern, müsse aber auch verständlich sein. Kilian Gross, Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Kommission, wies darauf hin, dass es bei der KI-Verordnung darum gehe, Vertrauenswürdigkeit zu schaffen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger kein Vertrauen in die Technologie haben, sei das z.B. mit Blick auf die Verwaltungsdigitalisierung problematisch. Der neue EU-Rechtsrahmen sei auch nicht protektionistisch. Kilian Gross verwies in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten des Europarates und den EU-US Dialog im Rahmen des Trade and Technology Council, in dem es auch um KI gehe. Dr. Michael Rammensee, Geschäftsführer des hessischen AI Quality & Testing Hub, erläuterte den Aufgabenbereich des AI Quality and Testing Hub, den das Land Hessen zusammen mit dem VDE (Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.) gegründet hat. Der Hub unterstütze Hersteller dabei, die Qualität ihrer KI-Produkte zu steigern und nachzuweisen. Dies stärke die

internationale Wettbewerbsfähigkeit von Herstellern und Anwendern von KI-Systemen und erhöhe das gesellschaftliche Vertrauen in solche Systeme, so Dr. Rammensee. Moderiert wurde die Veranstaltung von Silke Wettach, WirtschaftsWoche.

Jahresempfang des Hessischen Ministerpräsidenten am 02.05.2023 in Brüssel

Am 02.05.2023 lud Ministerpräsident Boris Rhein in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU zum alljährlich stattfindenden Jahresempfang ein. Vor rund 500 Gästen nahm er eine Standortbestimmung vor und ordnete die derzeitige Lage des Landes in die globale Gesamtsituation ein: Seit dem 24.02.2022, der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, sei nichts mehr wie vorher und der auf dem europäischen Kontinent für sicher gehaltene Frieden keine Selbstverständlichkeit mehr. Am weiteren Kriegsgeschehen entscheide sich, ob künftig das Recht der Stärkeren oder die Stärke des Rechts in Europa gelte. Der Stärke des Rechts wies MP Rhein entscheidende Bedeutung bei der Frage zu, wie der europäische Mehrwert zu definieren sei und betonte in diesem Kontext die Bedeutung der Paulskirchen-Verfassung, die noch diesen Monat ihr 175-jähriges Jubiläum feiert. Daneben führte er weitere Beispiele auf, in denen sich nationale Inselfösungen verbieten und die EU ihren Mehrwert unter Beweis stelle: u.a. die Bekämpfung des Klimawandels und die Sicherstellung von Energiesicherheit gehörten hierzu. Da das Finden probater europäischer Antworten oft von der Kompromissbereitschaft der einzelnen Akteurinnen und Akteure und der strukturierten Herangehensweise auf EU-Ebene abhängen, dankte er den Handelnden in der EU. MP Rhein betonte ferner die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den hessischen Partnerregionen – Emilia Romagna aus ITL, Nouvelle-Aquitaine aus FRA und Wielkopolska aus POL. Den Festredner des Jahresempfangs, der Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis, würdigte er als für Hessen bedeutenden Ansprechpartner bei wichtigen Fragen zur EU-Finanzplatz-Regulierung und bei der Standortfrage für die EU-Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA). Exekutiv-Vizepräsident Dombrovskis eröffnete seine Ausführungen mit der Erläuterung der aktuellen finanzpolitischen Lage und verwies in diesem Zusammenhang u.a. auf die jüngst von der Kommission vorgelegte Initiative zur Reform der EU-Fiskalregeln. Im Weiteren führte er aus, dass Hessen, als Sitz der Europäischen Zentralbank, der Bundesbank und des Statistischen Bundesamts, ein für die EU wichtiger Standort sei. Betreffend die Zukunft der Bankenunion sprach er sich für die konsequente Anwendung der sog. Basel-Regulierungen in der gesamten EU aus. Zu den Verhandlungen zu Basel III äußerte er die Erwartung, bis Sommer eine Einigung zwischen EP und Rat zu erzielen. Abschließend ging Dombrovskis auf die in seinem Zuständigkeitsbereich liegende EU-Handelsagenda ein. Ziel der EU sei es, seine Führungsrolle auszubauen, um zum einen die eigene wirtschaftliche Situation zu stärken, zum anderen aber auch, um die Handelsbeziehungen als Verhandlungsplattform für anderweitige Politikbereiche zu nutzen. In ihrer Schlussbemerkung betonte die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich, dass die EU gerade in Kriegs- und Krisenzeiten ihre Handlungsfähigkeit und Besonnenheit unter Beweis stelle. Es gehe zum einen darum, die Ukraine zu unterstützen. Wichtig sei es aber auch, die eigene Verteidigungsfähigkeit verstärkt in den Blick zu nehmen. Die nachhaltige Ausgestaltung der europäischen Zukunft hänge ferner von der tragfähigen europäischen Erweiterungspolitik ab, insb. bezogen auf die Staaten des Westbalkans.

Gespräch Ministerpräsident Rhein mit Exekutiv-Vizepräsident Dombrovskis

Unmittelbar vor dem Jahresempfang am 02.05.2023 traf der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein den für Wirtschaft, Finanzdienstleistungen und Handel zuständigen Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis

Dombrovskis zu einem bilateralen Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand das EU-Antigeldwäschepaket. In diesem Zusammenhang warb der Hessische Ministerpräsident für die deutsche Bewerbung mit Frankfurt für den Sitz der neuen EU-Antigeldwäscheagentur (AMLA). Dombrovskis sieht in Frankfurt eine starke Bewerbung im großen Bewerberfeld für den Sitz der AMLA. In Bezug auf das von der Kommission Mitte April vorgelegte „Krisenbankenpaket“ betonte der Hessische Ministerpräsident die Bedeutung der Institutssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Deutschland. Darüber hinaus wies er auf die Bedeutung einer soliden Haushaltsführung der Mitgliedstaaten für das Funktionieren des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hin.

Gespräch von Europaministerin Puttrich in Brüssel

Am 02.05.2023 führte die Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich mit der Botschafterin und stellvertretenden Ständigen Vertreterin Deutschlands bei der EU, Dr. Helen Winter ein Gespräch. Im Mittelpunkt standen die Verhandlungen im Rat über den Vorschlag der Kommission für ein Medienfreiheitsgesetz, da dieser Vorschlag die medienpolitischen Kompetenzen und die Kulturhoheit der Länder stark tangiert. Angesprochen wurde von Ministerin Puttrich aber auch die EU-Industriepolitik, Zusammengehen von Viessmann Climate Solutions aus Hessen und Carrier in den USA. Weitere Themen waren die EU-Raumfahrtspolitik und die Bewerbung Frankfurts als Sitz für die neue Antigeldwäscheagentur.

Informationsfahrt der Verwaltungsräte der Sparkassen Darmstadt und Dieburg nach Brüssel

Vom 03.05. bis 05.05.2023 fand eine Informationsfahrt der Verwaltungsräte der Sparkassen Darmstadt und Dieburg nach Brüssel statt. Leiter der Delegation waren Oberbürgermeister Jochen Partsch, Vorsitzender des Verwaltungsrats sowie Landrat Klaus Peter Schellhaas, stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats. Am ersten Tag wurde die Delegation von Europastaatssekretär Uwe Becker in der Hessischen Landesvertretung begrüßt, der mit der Delegation ein Gespräch über die Arbeit der Hessischen Landesvertretung und aktuelle europapolitische Finanzthemen führte. Dabei sprach sich Becker für den Erhalt der Institutionssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken aus. Michael Hager, Kabinettschef von Exekutivvizepräsident Valdis Dombrovskis erklärte die Hintergründe zu den jüngsten Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission für eine neue zukunftsfähige wirtschaftspolitische Steuerung. Diese würden den Mitgliedstaaten mehr Eigenverantwortung einräumen, aber zugleich auch verstärkte Durchsetzung und gemeinsame Sicherheitsnetze schaffen. Aus seiner Sicht sei es verheerend, wenn die „Ausweichklausel“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts die aufgrund der Pandemie geschaffen wurde, Ende 2023 auslaufen würde, ohne dass es neue Regeln geben würde. Weitere Themen waren die Gesetzgebungsvorschläge zur Reform der Regeln für die Abwicklung von Krisen-Banken. Weitere Themen waren die Bewerbung Frankfurts um den Sitz der Antigeldwäscheagentur, aber auch die „European Payment Initiative“ und die Einführung des digitalen Euros. Am nächsten Tag gab es ein Gespräch mit MdEP Engin Eroglu (RN/DEU). Zentrales Thema war hier wiederum die Sorge um den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken bei Plänen der Kommission zur Weiterentwicklung der Bankenunion. Am letzten Tag gab es zudem ein Gespräch mit Herrn Georg J. Huber, EU-Vertreter der Deutschen Sparkassen und Giroverbandes, der am gesamten Programm teilnahm.

Austausch zur Sitzplatzentscheidung der Anti-Geldwäschebehörde AMLA

Am 04.05.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung des Bundesministeriums der Finanzen und des Landes Hessen ein Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Büros der MdEPs, die in den für die Sitzplatzentscheidung der Anti-Geldwäschebehörde AMLA zuständigen Ausschüssen für Wirtschaft und Währung (ECON) und Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) vertreten sind, statt. Unterabteilungsleiter Dr. Marcus Pleyer vom Bundesministerium der Finanzen stellte die Bewerbung Deutschlands vor und ging auf die diversen Argumente ein, die für eine Ansiedlung der AMLA in Frankfurt sprechen. Anschließend kam er mit dem Moderator Dr. Detlef Fechtner, Chefredakteur der Börsenzeitung, und den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MdEPs ins Gespräch und beantwortete Fragen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

11.05.2023	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
12.05.2023	Informelle Ministertagung „Auswärtige Angelegenheiten“ – Gymnich
15.05.2023	Euro-Gruppe Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“, 15./16.05.2023
16.05.2023	Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“, 15./16.05.2023 Economic and Financial Affairs Council
19.05.2023	G7-Gipfel, Hiroshima, Japan, 19.-21.05.2023

Europäische Kommission

17.05.2023	Maßnahmen zur Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt (tbc) TIMMERMANS Reform des Zollwesens DOMBROVSKIS Eine neue Agenda für Lateinamerika und die Karibik BORRELL
------------	---

Europäisches Parlament

08.-11.05.2023

Plenarsitzung in Straßburg

Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz

Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor

Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel

Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste

Schulprogramm für Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte

Normungsstrategie für den Binnenmarkt

Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau

Vorübergehende Liberalisierung des Handels in Ergänzung der

Handelszugeständnisse für ukrainische Waren im Rahmen des

Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der

Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Ukraine andererseits

Abkommen zwischen der Europäischen Union und Brasilien über die Änderung der

Zugeständnisse für alle in der EU-Liste CLXXV aufgeführten Zollkontingente

infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union

Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität

Kritische Technologien für Sicherheit und Verteidigung

Entlastung 2021 (55 Berichte)

Beginn des Europäischen Jahres der Kompetenzen - Erklärungen des Rates und der Kommission

Gemeinsame Aussprache - Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur

Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt: Organe und

öffentliche Verwaltung der Union

Bericht 2022 über Serbien

Bericht 2022 über das Kosovo

Auswirkungen des Anstiegs der Fremdkapitalkosten für das Aufbauinstrument der Europäischen Union auf den EU-Haushalt 2024

Eigenmittel: ein Neubeginn für die Finanzen der EU, ein Neubeginn für Europa

Rede von Marcelo Rebelo de Sousa, Präsident Portugals

Lage im Sudan - Erklärungen von Rat und Kommission

Bekämpfung der Korruption, Erklärung der Kommission

Neue Maßnahmen zur Unterstützung und Steigerung der Munitionsproduktion in der EU, Erklärung der Kommission

Ukraine: Erneuerung der handelspolitischen Unterstützungsmaßnahmen Ukraine und Debatte über die Solidaritätskorridore

EU-Großbritannien: Abstimmung über drei Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen von Windsor

Europäische Bürgerinitiative ‚Stop Finning – Stop the Trade‘ (‚Abtrennen von Haifischflossen und Handel damit stoppen‘)

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer – Antrag Spaniens

EGF/2022/003 ES/Alu Ibérica

Fahrplan für ein soziales Europa: zwei Jahre nach dem Gipfel von Porto,

Erklärungen von Rat und Kommission

Externalisierung von Asylanträgen und Verknüpfung der Finanzierung von

Drittländern mit der Umsetzung von Rückführungsabkommen

Angemessenheit des vom Datenschutzrahmen EU-USA gebotenen Schutzes, Erklärungen von Rat und Kommission
 Bekämpfung von Cybermobbing unter jungen Menschen in der EU, Erklärung der Kommission, Debatte Mittwoch
 Neue Ölbohrungen in Alaska - Auswirkungen auf die globale Klimakrise und die Rechte der indigenen Völker, Erklärung der Kommission
 Für einen starken und nachhaltigen Algensektor in der EU - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
 Verbot des Tötens von Hühner- und Entenküken nach EU-Recht - Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Ausschuss der Regionen

10.05.2023 ENVE-Fachkommissionssitzung
 Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Abstimmung)
 Überarbeitung der EU-Luftqualitätsvorschriften (Abstimmung)
 Förderung des Potenzials und der Synergien von Initiativen für die Regionen und Städte im Rahmen des europäischen Grünen Deals (Abstimmung)
 Reform der Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU (Orientierungsdebatte)
 COP 28 der UN-Klimarahmenkonvention: Beitrag der subnationalen Ebene zur Aufrechterhaltung der Klimaschutzdynamik (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

EuGH

08.05.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-234/21 Défense Active des Amateurs d'Armes u.a.
 Übergangsregelung für halbautomatische Waffen

11.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-156/22 bis C-158/22 TAP Portugal (Tod des Kopiloten)
 Fluggastrechte bei Flugannullierung

11.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-155/22 Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld
 Übertragung der strafrechtlichen Verantwortung bei Transportunternehmen in AUT

11.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-817/21 Inspectia Judiciară
 Unabhängigkeit der Justiz in ROM

- 11.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-33/22 Österreichische Datenschutzbehörde
Recht auf Datenschutz gegenüber parlamentarischen Untersuchungsausschüssen
- 15./16.05.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Plenum) in der Rechtssache C-470/21 La Quadrature du Net u. a. (Personenbezogene Daten und Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen)
Erhebung der Identitätsdaten zu IP-Adressen
- 17.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-97/22 DC (Widerruf nach Vertragserfüllung)
Folgen des Widerrufs seitens des Verbrauchers erst nach Vertragserfüllung seitens des Unternehmers
- 17.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-626/21 Funke
Europäisches Schnellwarnsystem RAPEX

EuG

- 10.05.2023 Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-34/21 Ryanair / Kommission (Lufthansa ; COVID-19) und T-87/21 Condor Flugdienst / Kommission (Lufthansa ; COVID-19)
Beihilfe Deutschlands für Lufthansa angesichts der Covid-19-Krise
- 10.05.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-238/21 Ryanair / Kommission (SAS II ; COVID-19)
Beihilfe für SAS angesichts der Covid-19-Krise
- 15.05.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-364/22 Shulgin / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 17.05.2023 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-312/20 EVH /, T-313/20 Stadtwerke Leipzig /, T-314/20 Stadtwerke Hameln Weserbergland /, T-315/20 TEAG /, T-316/20 Naturstrom /, T-317/20 EnergieVerbund Dresden /, T-318/20 eins energie in sachsen / T-319/20 GGEW /, T-320/20 Mainova /, T-321/20 enercity / und T-322/20 Stadtwerke Frankfurt am Main / Kommission
Erwerb von E.ON-Vermögenswerten zur Erzeugung von Strom erneuerbaren und nuklearen Ursprungs durch RWE

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 19.05.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA